Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium "Anatomie der Staatssicherheit" bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.

Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.

Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuch zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mußten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefaßt werden.

Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet (•).

Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die "Anatomie der Staatssicherheit" entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber   Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT
– MfS-Handbuch –

Überblick
- Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR

Wichtige Dienstbereiche
- Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen
- Hauptabteilung II: Spionageabwehr
- Hauptabteilung III: Funkaufklärung und -abwehr
- Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr
- Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei
- Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme
- Hauptabteilung IX: Untersuchung
- Abteilung XIV: Haftvollzug
- Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft
- Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«
- Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«
- Hauptverwaltung A (HV A): Auslandsaufklärung
- Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG): Flucht, Übersiedlung
- Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK)
- **Abteilung M: Postkontrolle**
- Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung
- Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)
- Rechtsstelle des MfS
- Juristische Hochschule des MfS (JHS)
- Parteiorganisation der SED im MfS
- Objektdienststellen des MfS

Mitarbeiter
- Die hauptamtlichen Mitarbeiter
- Die inoffiziellen Mitarbeiter

Anhang
- Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989
- Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989
- Wer war wer im MfS (Kurzbiografien)
- Grundsatzdokumente des MfS

Alle Bände sind erschienen. Der vorliegende Band ist in der Gliederung hervorgehoben.

Hanna Labrenz-Weiß

Abteilung M

MfS-Handbuch, Teil III/19

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 2005

ISBN 978-3-942130-17-2

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar:
urn:nbn:de:0292-97839421301720

INHALT

1 Einführung

Das Post- und Fernmeldegeheimnis wurde in der DDR ausdrücklich anerkannt und war im Artikel 8 der ersten Verfassung vom Oktober 1949[1] sowie Artikel 31 der zweiten Verfassung aus dem Jahre 1968 und in deren Novellierung vom Oktober 1974[2] als Grundrecht festgeschrieben.[3] Dieses Recht unterlag jedoch gesetzlichen Einschränkungen.[4] Wie die Praxis zeigte, gab es in der DDR zwar keine entsprechenden gesetzlichen Regelungen, aber dennoch fortlaufend Eingriffe in den Post- und Telefonverkehr, die hauptsächlich mit der »Sicherheit des Staates« gerechtfertigt wurden.

Ausgangspunkt für den Verfassungsbruch waren die Machtverhältnisse. Der SED-Staat besaß zu keinem Zeitpunkt eine demokratische Legitimation, sodass der Machtsicherung die höchste Priorität zukam. Ein durchgreifendes Überwachungs- und Kontrollsystem erschien aus dieser Perspektive unumgänglich. Dazu gehörte die Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses durch die Staatssicherheit. Die entsprechenden Befehle, Richtlinien und Dienstanweisungen erweckten den Eindruck der Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit und führten bei Mitarbeitern des MfS zu einem verzerrten Gesetzesverständnis.[5] Keiner der MfS-Mitarbeiter, die in diesen Missbrauch verwickelt waren, musste nach dem Ende der DDR strafrechtliche Konsequenzen hinnehmen. Obwohl einige Ermittlungsverfahren, wie zum Beispiel gegen den Leiter der Hauptabteilung II (Spionageabwehr)[6], Dr. Kratsch, wegen Verletzung des Postgeheimnisses eingeleitet wurden, kam es zu keiner Verurteilung.[7] Seit dem Oktober 2000 gelten diese Delikte ohnehin als verjährt.

Wie das MfS, unterlag auch das 1949 gegründete Ministerium für Post- und Fernmeldewesen (MPF) dem SED-Auftrag, »auf der Grundlage der Beschlüsse der Volkskammer, der Erlasse und Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Gesetze und Beschlüsse des Staatsrates und der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates« zu arbeiten.[8] So erschien es selbstverständlich, dass die Deutsche Post von Beginn an die Staatssicherheit bei der Überwachung des Post- und Telefonverkehrs unterstützte. Sie war als staatliche Institution fest in das politische System der DDR eingebunden. Ihre leitenden Mitarbeiter sahen sich verpflichtet, offiziell auf allen Ebenen[9] die Arbeit des MfS zu unterstützen. Darüber hinaus standen viele Mitarbeiter der Post dem MfS als inoffizielle Mitarbeiter mit dem Auftrag zur Verfügung, ihr berufliches Umfeld auszuforschen und zu überwachen. In der Struktur der Deutschen Post firmierte die Postkontrolle durch die Staatssicherheit unter der Tarnbezeichnung »Abteilung 12« bzw. »Dienststelle 12«.

---

1 Vgl. Verfassung der DDR. Hg. v. Zentralverlag der DDR. Berlin 1955, S. 11.

2 Vgl. Verfassung der DDR v. 6.4.1968 in der Fassung v. 7.10.1974. In: Arbeitsunterlagen des Gesamtdeutschen Institutes – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1985, S. 38 ff.

3 Absatz 1 lautete: »Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzbar«.

4 Während nach Artikel 8 das Post- und Fernmeldegeheimnis »nur aufgrund der für alle Bürger geltenden Gesetze« eingeschränkt werden konnte, wurde die Einschränkung nach Artikel 31 durch den Passus »wenn es die Sicherheit des sozialistischen Staates oder eine strafrechtliche Verfolgung erfordern«, wesentlich erweitert. Vgl. Arbeitsunterlagen (Anm. 2), S. 48.

5 Vgl. Reuter, Lothar: Die Ungesetzlichkeit der Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis der DDR. In: Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR. Kataloge der Museumsstiftung Post und Telekommunikation. Bd. 13, Berlin 2002, S. 44.

6 Hierzu Labrenz-Weiß, Hanna: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr (MfS-Handbuch, Teil III/7). Hg. BStU. Berlin 1998.

7 Vgl. Der Generalbundesanwalt beim Gerichtshof – Anklageschrift gegen den Generalleutnant a. D. Dr. Günther Kratsch u. a., 3 StE 2/93-2-(2)- Ref. 4, Karlsruhe, 12.3.1993.

8 Steinmetz, Elias: Geschichte der Deutschen Post. 1945–1978. Hg. im Auftrag des Bundesministers für Post- und Fernmeldewesen. Bd. 4, Bonn 1979, S. 415 ff.

9 Einbezogen waren die Leiter aller zentralen Postämter.

Da die Tätigkeitsbereiche der Abteilung M und der Mitarbeiter des Postbetriebes räumlich streng getrennt waren, kam es nur in Ausnahmefällen zu dienstlichen Kontakten.[10] Die Angehörigen der Abteilung M traten innerhalb der Post ausschließlich als »Kooperationspartner« in Erscheinung. Sie wurden als Personen gesehen, die allgemein »für Belange der Staatssicherheit des Staates« zuständig seien.[11]

Prinzipiell war die Übergabe aller ein- und abgehenden Auslands- und Binnenpost an den »Kooperationspartner« den Tätigkeiten der Deutschen Post vorgeschaltet.[12] Demzufolge wurden in den zentralen Postdienststellen Berlins und der Bezirke sämtliche Postsendungen zunächst der Abteilung M zur Verfügung gestellt und erst dann postalisch abgefertigt.

Die Brisanz der Postkontrolle durch das MfS lag auch in der Besonderheit, dass sich mit der Bundesrepublik und der DDR zwei Staaten einer Nation rivalisierend gegenüberstanden und die Überwachung und Kontrolle dieser Verbindungswege Aufschlüsse über die Stimmungslagen in Ost und West liefern konnten. Viele Postabsender in Ost und West haben dies entweder direkt erfahren oder als jederzeit im Verborgenen wirkend vorausgesetzt. »Die lesen doch sowieso mit«, war man sich unter DDR-Bürgern einig. In der Bundesrepublik wurde in der Tagespresse und in Merkblättern immer wieder auf die diversen Kontrollen und die Verletzung des Postgeheimnisses seitens der DDR hingewiesen.[13]

Als erschwerend für die Rekonstruktion der Geschichte der Postkontrolle der DDR durch das MfS erwies sich die Aktenlage. Der vorliegende Erkenntnisstand lässt den Schluss zu, dass die Akten der Abteilung M in der Wendezeit mindestens zu 85 Prozent vernichtet worden sind.[14] Dieser Umstand verlangte – vor allem was die Frühphase der Postkontrolle betrifft – den Rückgriff auf Diplomarbeiten, die an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam über die Postkontrolle des MfS entstanden sind.[15] Überliefert ist zudem der größte Teil der für die Abteilung M bestimmten Dienstanweisungen, Befehle, Arbeitspläne u. ä. Wichtige Kaderbefehle und aufbereitete Personalunterlagen in Bezug auf die Strukturgeschichte vor allem der fünfziger Jahre wurden für dieses Kapitel dankenswerterweise von Roland Wiedmann zur Verfügung gestellt.

2 Überblick

Die Postkontrolle des MfS setzte im Gründungsjahr 1950 ein und endete im Herbst 1989. Verfügte sie am Anfang über drei Referate, so an ihrem Ende über zehn Abteilungen. Die Entwicklung zeigt, welchen Bedeutungszuwachs die Postkontrolle im Laufe von 40 Jahren DDR erfuhr. Sie wurde durch die politischen Rahmenbedingungen und den Willen des MfS bestimmt, »alles zu wissen« und unter Kontrolle zu

---

10 Vernehmung Ralf-Bodo G.; Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7), S. 208.

11 Vernehmung Günter F.; ebenda.

12 Ebenda.

13 Vgl. z. B. Merkblatt: Was ist im Post- und Fernmeldeverkehr mit der Sowjetzone zu beachten? Hg. v. Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen in Bonn, zusammengestellt vom Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen. Berlin (West) o. J.

14 Vgl. Lucht, Roland: »Ablagen liquidieren – spezifische Vorgänge tragfähig gestalten«. Schriftgutvernichtungen des MfS während der »Wende« und der Auflösungsphase der Staatssicherheit. In: Unverhau, Dagmar (Hg.): Hatte »Janus« eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit. Münster 2003, S. 90.

15 Vgl. Förster, Günter: Tschekistik als »Wissenschaft«. Die Juristische Hochschule des MfS. In: Mertens, Lothar; Voigt, Dieter (Hg.): Humanistischer Sozialismus? Der Umgang der SED mit der Bevölkerung, dargestellt an ausgewählten Gruppen. Münster 1995, S. 7–49.

halten. In diesem Kontext fiel der Abteilung M die Aufgabe zu, die postalischen Briefverbindungen mit dem Ziel zu kontrollieren, »jede Feindtätigkeit aufzuspüren und gefährliche Auswirkungen zu unterbinden«.[16]

Wesentliche Einschnitte ihrer Arbeit erfolgten nach dem Volksaufstand 1953 und dem Mauerbau 1961 in Ostberlin sowie infolge der Entspannungspolitik seit Ende der sechziger Jahre. Standen in den fünfziger Jahren die Suche nach DDR-kritischen Schriften aus Westberlin und der Bundesrepublik sowie das Erfassen der allgemeinen Stimmungslage der DDR-Bevölkerung und das Aufdecken von fluchtwilligen DDR-Bürgern im Mittelpunkt der Arbeit der Postkontrolle durch die Abteilung M, so gewannen in den sechziger Jahren der Aufbau technischer Hilfsmittel, nachrichtendienstliche Überprüfungen sowie operative Tätigkeiten an Bedeutung. In den siebziger Jahren bestimmten die zunehmenden Ost-West-Kontakte die Arbeit der Abteilung M. Die Postkontrolle konzentrierte sich auf das Aufspüren »negativer« bzw. »feindlicher« Einflüsse aus dem Westen, wozu im Besonderen auch die Flucht- und Ausreisebewegung gehörte.[17] Die Effizienz des Kontrollsystems wurde durch neue technische Mittel weiter vorangetrieben. In den achtziger Jahren rückten die Perfektionierung und durch die Übernahme der Postzollfahndung (PZF) die komplexe Postkontrolle auf die Tagesordnung der Arbeit der Abteilung M. Ihre gewachsene Rolle schlug sich auch darin nieder, dass die Abteilung seit dem Jahre 1982 einem Verantwortungsbereich unterstand, der von Mielke selbst geleitet wurde.

An der Spitze der Abteilung M standen von Anfang an bis zu ihrem Ende im Jahre 1989 vier Offiziere, deren berufliche Laufbahn 1950 bzw. 1951 beim MfS begann. Geprägt wurde die Abteilung M durch Generalmajor Rudi Strobel, der die Abteilung fast 25 Jahre, und zwar von 1965 bis 1989, leitete.

Der Strukturwandel sowie die Ausdehnung und Intensivierung der Postkontrolle zwischen 1950 und 1989 lässt sich auch an der Entwicklung der Mitarbeiterzahl ablesen.

Die Anzahl der vom MfS eingesetzten Mitarbeiter für die Postkontrolle stieg von einigen Dutzend im Jahre 1950 bis DDR-weit auf knapp 2 200 im Jahre 1989. Bereits 1953 beschäftigten die Abteilung M und ihre nachgeordneten Diensteinheiten 639 Mitarbeiter. Anfang der siebziger Jahre war der Bestand auf über 900 und knapp zehn Jahre später auf über 1 200 Mitarbeiter angestiegen. Der höchste Zuwachs erfolgte von 1983 zu 1984 als Folge der Integration der Postzollfahndung in die Abteilung M. Der Anteil der Mitarbeiter auf der Bezirksebene schwankte zwischen 84 Prozent im Jahre 1972 und 76 Prozent im Jahre 1989.

Außergewöhnlich hoch war der Anteil der Frauen in der Abteilung M. Während das gesamte MfS im Jahre 1954 einen Höchststand von anteilig 25 Prozent, in den sechziger Jahren den niedrigsten Anteil von anteilig 14 Prozent sowie 1989 anteilig knapp 16 Prozent auswies,[18] betrug der Anteil der Frauen in der Abteilung M in den fünfziger Jahren über 80 Prozent, der über die siebziger Jahre mit einem Anteil von 40 Prozent und knapp 30 Prozent im Jahre 1983 bis auf 20 Prozent im Jahre 1989 sank.[19]

---

16 Vgl. Befehl Nr. 8/59 des Ministers v. 10.1.1959 über die Einrichtung technischer Überprüfungsstellen; BStU, MfS, DSt 100239.

17 Hierzu Eisenfeld, Bernd: Flucht und Ausreise. Macht und Ohnmacht. In: Kuhrt, Eberhard u. a. (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus. Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1993, S. 381–419.

18 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 552 ff.

19 Vgl. Anhang bei Wiedmann, Roland: Zu jeder Zeit und an jedem Ort. Zur Geschichte der Abteilung M (Postkontrolle) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. In: Ausstellungskatalog der Museumsstiftung Post und Telekommunikation. Bd. 13, Berlin 2002, S. 89.

Die Perfektionierung des Kontroll- und Fahndungssystems verlangte eine fortlaufende Qualifizierung und Spezialisierung der Mitarbeiter. Dazu zählten unter anderem der Besuch von Lehrgängen zur Schriftenuntersuchung, der Erwerb des Röntgenbefähigungsnachweises oder des Facharbeiterbriefs als Fotofacharbeiter. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für den Einsatz der Mitarbeiter der Abteilung M als Fahnder geschaffen.

Die Betriebsschule der Bezirksdirektion Berlin der Deutschen Post vermittelte an Mitarbeiter der Abteilung M auch Kenntnisse zum Führen eines Post-Kraftfahrzeuges, im Fernschreibdienst und für die Tätigkeit als Postfacharbeiter. Andere Mitarbeiter legten die Facharbeiterprüfung für Betrieb und Verkehr des Post- und Zeitungswesens ab oder wurden Elektronikfacharbeiter.[20]

Für die Entwicklung und Wartung der in der Abteilung M vorhandenen technischen Einrichtungen und deren Verbesserungen studierten die Mitarbeiter an verschiedenen Fachschulen. In Altenburg wurden Ingenieure für Papiertechnik und in Glauchau Ingenieure für Luft- und Kältetechnik ausgebildet. Die Deutsche Post hatte eine Fachschule in Leipzig, die auch MfS-Mitarbeiter zu Ingenieuren für Post- und Zeitungswesen ausbildete.[21]

Weitere Studiengänge wurden an verschiedenen Hochschulen und Universitäten belegt, so in Dresden an der Ingenieurhochschule für Gerätetechnik, an der Humboldt-Universität zu Berlin für Kriminalistik,[22] an der Karl-Marx-Universität Leipzig für Physik, an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst oder am Institut für Zollverwaltung der DDR »Heinrich Rau« in Berlin.[23] Zum Lesen der Post aus dem Ausland erwartete man unter anderem Kenntnisse in Russisch, Englisch, Französisch und ab 1980 auch in Polnisch.[24]

Von den Mitarbeitern der Abteilung M wurde ein hohes Maß an Konspiration und Geheimhaltung besonders gegenüber den Mitarbeitern der Deutschen Post abverlangt. Das führte beispielsweise dazu, dass sie in einer geschlossenen Gruppe in der Kantine zusammensaßen, um möglichst einen direkten Kontakt mit den Postmitarbeitern zu umgehen. Offizielle Kontakte zu den Dienststellenleitern des Bahnpostamtes am Ostbahnhof in Ostberlin, das beim MfS als konspiratives Objekt »Cäsar« geführt wurde, bestanden zu den Referats- und Schichtleitern.[25] Zum konspirativen System der Postkontrolle gehörte auch der Einsatz von Offizieren im besonderen Einsatz (OibE).[26]

3 Endphase

3.1 Schwerpunktaufgaben und Organisationsstruktur

Die Aufgabenstellung der Abteilung M wurde im Jahre 1989 durch die besonderen politischen Rahmenbedingungen bestimmt, die sich bereits 1988 abzeichneten und im Jahre 1989 eine neue Dimension erlangten. Außenpolitisch gab die Sowjetunion unter Gorbatschow im Frühjahr 1988 endgültig die Breshnew-Doktrin preis. Sie prokla-

---

20 Vgl. Weiterbildung und Spezialisierung der Postfacharbeiter; BStU, MfS, AIM 17784/89; Urkunde Facharbeiter für Betrieb und Verkehr; BStU, MfS, KS 27871/90, Bl. 65.

21 Vgl. Zeugnis Ingenieur für Post- und Zeitungswesen; BStU, MfS, KS 27871/90, Bl. 70.

22 Vgl. Zeugnis über den Hochschulabschluss; BStU, MfS, KS 22356/90, S. 70 f.

23 Vgl. Urkunde der Zollverwaltung zum Hochschulabschluss; BStU, MfS, KS 22316/90, Bl. 128.

24 Vgl. Abteilung M: Delegierungsvorschlag zum Studium der polnischen Sprache v. 29.10.1981; BStU, MfS, KS 26331/90, Bl. 80.

25 Vgl. Informationsbericht v. 29.9.1982; BStU, MfS, AIM 17789/90, Bl. 128.

26 Ausführlich zu OibE Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin 1996, S. 74 f., sowie Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, Teil IV/1). Hg. BStU. Berlin 1995, S. 23 ff.

mierte das »unverzichtbare Recht« jedes sozialistischen Staates, »eine selbstständige Wahl der Wege der gesellschaftlichen Entwicklung zu treffen«[27]. Ein Jahr später nutzten die polnischen und ungarischen Kommunisten dieses Angebot. In Polen wurde die einst unterdrückte Bewegung »Solidarnosc« legalisiert, und die ungarische politische Führung begann mit dem Abbau des »Eisernen Vorhanges« an der ungarisch-österreichischen Grenze.

In der DDR erreichte 1988 die Flucht- und Ausreisebewegung einen neuen Höhepunkt.[28] Mit Beginn des Jahres 1989 setzte sich diese Entwicklung, begleitet von einem sprunghaften Anstieg von Besetzungen westlicher diplomatischer Vertretungen vorwiegend durch Ausreiseantragsteller, fort.[29] Hier spielten das in Kraft gesetzte neue, aber noch immer für die Mehrheit der Bürger unbefriedigende Reisegesetz,[30] vor allem aber die im Januar 1989 von der Wiener Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verabschiedeten Beschlüsse eine wesentliche Rolle. Die Beschlüsse von Wien rückten wie nie zuvor die Durchsetzung der Menschenrechte in den Mittelpunkt und ermutigten immer mehr Bürger der DDR, vor allem in Form von Ausreiseanträgen das Menschenrecht auf freie Wahl des Wohnsitzes einzufordern und öffentlichkeitswirksam auszudrücken. Auf der anderen Seite begann sich, verstärkt durch die 1988 erfolgten kurzzeitigen Verhaftungen und Ausweisungen von prominenten Oppositionellen im Zusammenhang mit der offiziellen Rosa-Luxemburg-Demonstration in Ostberlin, die Oppositionsszene in der DDR neu zu beleben und zu vernetzen. 1989 signalisierte die Aufdeckung von Wahlfälschungen durch Bürgerrechtsgruppen anlässlich der Kommunalwahlen im Mai,[31] dass einerseits die SED noch immer bereit war, mit allen Mitteln ihre alten Machtstrukturen zu verteidigen, dass sich aber andererseits auch immer mehr Bürger bereitfanden, der Verlogenheit des Systems offen entgegenzutreten.

Der Arbeitsplan der Abteilung M für das Jahr 1989[32] spiegelt diese Entwicklung wider. Vornehmlich wurde er ausgerichtet auf die Bekämpfung und das Abfangen von Materialien der »politisch-ideologischen Diversion« (PID), was unter anderem mit den aktuellen »Ereignissen in der Sowjetunion und einigen anderen sozialistischen Staaten«[33] begründet wurde, auf Erscheinungen der politischen Untergrundtätigkeit (PUT) und deren hauptsächlichen so genannten Exponenten,[34] also auf die Oppositionsszene und deren Wortführer sowie auf die Flucht- und Ausreisebewegung.

Zudem stand die Bekämpfung westlicher Geheimdienste auf dem Programm: Es sollten Postverbindungen zu fremden Geheimdiensten aufgedeckt und verhindert[35] und nach geheimdienstlichen Verbindungen, einschließlich entsprechend verdächtigen Briefen, gefahndet werden.[36] Die Grundlage für die Fahndung nach geheimdienstlichen Briefsendungen – vor allem aus den NATO-Staaten – bildete ein im März 1989 vom Leiter erarbeitetes Papier unter dem Titel »Aktuelle Erkenntnisse über die Ar-

---

27 Deklaration in: Neues Deutschland v. 21.3.1988.

28 Vgl. Eisenfeld: Flucht und Ausreise (Anm. 17).

29 Hierzu Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als Form des Widerstands gegen die politische Verfolgung in der DDR. Berlin 2002.

30 Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland v. 30.11.1988, vgl. GBl. Teil I, Nr. 25 v. 13.12.1988, S. 271 ff.

31 Vgl. Kloth, Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen: die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die Wahlfrage. Berlin 2001, S. 115 ff., sowie Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 117 ff.

32 Vgl. Planorientierung für die politisch-operative Arbeit der Abteilung M im Jahre 1989 v. 25.10.1988; BStU, MfS, M 536, Bl. 7–27.

33 Ebenda, Bl. 24.

34 Ebenda.

35 Ebenda, Bl. 21.

36 Ebenda.

beitsweise imperialistischer Geheimdienste im postalischen Verbindungssystem«.[37] Hiernach wurden die Aufgaben der Abteilung M in diesem Bereich im Einzelnen festgelegt.

Um vermutete Angriffe westlicher Geheimdienste auf das MfS zu verhindern, wurden auch Materialien eingeschätzt, die mit der inneren Sicherheit des MfS und anderer bewaffneter Organe der DDR zu tun hatten. Auf ihrer Grundlage leitete die Abteilung M mehrere selbstständige Operative Personenkontrollen (OPK) und Operative Vorgänge (OV)[38] ein. Aber nicht nur das MfS sollte »geschützt« werden, sondern auch die führenden Repräsentanten des Staates, vor allem vor Droh- und Sprengstoffbriefen.

Das besondere Augenmerk der Abteilung M galt den so genannten »legalen Basen des Feindes«. Als solche wurden zum Beispiel westliche Botschaften und Konsulate, aber auch Pressebüros der in der DDR akkreditierten westlichen Korrespondenten, vor allem aus den NATO-Staaten, bezeichnet. Durch die Postkontrolle dieser Einrichtungen sollten eventuelle »feindliche Aktivitäten« gegenüber der DDR aufgedeckt und verhindert werden. Dazu zählten zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich das Abschöpfen von Informationen über die politische und ökonomische Lage in der DDR, die Inspiration von Flucht und Übersiedlung sowie die Verhinderung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten, die gegen die DDR gerichtet waren.

Für den Fall des Verteidigungszustandes sah eine Instruktion der Abteilung M vor, dass die Nationale Volksarmee die so genannte Feldpost übernimmt und sie ohne Konspiration, also offiziell, kontrolliert. Die Feldpostsammelstellen waren in Neubrandenburg, Ludwigsfelde, Halle und Dresden vorgesehen.[39]

Schließlich verlangte die Aufgabenstellung, dass die technischen Untersuchungsmethoden der Postkontrolle weiter verbessert werden. Es war vorgesehen, durch die Automatisierung der Heißdampföffnung eine Öffnungsrate von 90 Prozent der Postsendungen »Inland« und »Abgang« und von 50 bis 60 Prozent aller Post der Verkehrsrichtung »Eingang« zu erreichen.[40]

Struktur der Abteilung M im Jahre 1989

Neben der Arbeitsgruppe des Leiters, der Auswertungs- und Kontrollgruppe und einem Sekretariat verfügte die Postkontrolle des MfS im Jahre 1989 über zehn Abteilungen, die in 36 Referate untergliedert waren. Der Hauptsitz der Abteilung lag in der Ostberliner Gotlindestraße. Dort waren die Leiter der Abteilung M, der AKG, der Abteilung 1 sowie deren Referat 2, der Abteilung 2 und deren Referate 2 und 3, der Abteilung 3 und deren Referat 2 sowie der Abteilungen 5 bis 9 untergebracht. Alle übrigen Struktureinheiten hatten ihren Sitz in konspirativen Objekten.

Die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) bestand aus zwei Arbeitsbereichen und drei Referaten. Ihr oblag die Erarbeitung der für die Abteilung M gültigen Dienstanweisungen und Arbeitsordnungen. Sie unterhielt enge Verbindungen zu den operativen Diensteinheiten, die Postfahndungsaufträge erteilten. Außerdem hatte sie Bargeld, Schmuck, Edelmetalle und Kunstgegenstände, die von Mitarbeitern anderer Abteilungen aus Postsendungen entnommen worden waren, zu übernehmen, zu registrieren und in regelmäßigen Abständen an die Abteilung Finanzen des MfS weiterzuleiten. Der Arbeitsbereich 1 (AKG/AB 1) war für Informationen und die

---

37 Fahndungsorientierung vom 29. März 1989; BStU, MfS, M 535, Bl. 3–30.

38 Im Jahre 1989 führte die Abteilung M 2 OV zu 11 Personen, 7 OPK, ein UV und ein OM zu 7 Personen durch.

39 Vgl. Orientierung für die Abteilungen M der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit zur Gewährleistung eines einheitlichen und abgestimmten Vorgehens in Spannungssituationen und im Verteidigungszustand v. 13.4.1989; BStU, MfS, M 570, Bl. 6–15.

40 Vgl. Abspracheprotokoll-Weiterführung v. 12.7.1989; BStU, MfS, M 1145, Bl. 138.

Zusammenarbeit mit den Bruderorganen und der Arbeitsbereich 2 (AKB/AB 2) für den Einsatz und die Nutzung der EDV, für die operative Leitzentrale der Diensteinheit (Referat 1), für die Anschriftenfahndungskartei (Referat 2) und für die Verbindung zu den Bezirksverwaltungen, für die IMK/KO und für die Dienstpost (Referat 3) zuständig.

In der Abteilung 1 erfolgte die Kontrolle des abgehenden Postverkehrs in das westliche Ausland. Dazu sollte das MfS die Postbriefsendungen in die Bundesrepublik und nach Westberlin sowie in alle anderen nichtsozialistischen Staaten erfassen. Die Abteilung war in vier Referate untergliedert. Das Referat 1 war für Fahndung im internationalen Postverkehr, das Referat 2 für die Auswertung, das Referat 3 für den Schutz von Repräsentanten und wichtigen Personen und das Referat 4 für die Kurierstelle der Botschaftspost zuständig. Die Referate 1, 3 und 4 waren in Ostberlin am Nordbahnhof untergebracht.

Die Abteilung 2 kontrollierte den eingehenden Postverkehr aus dem Ausland. Nach dem Selbstverständnis der SED gehörte dazu auch die Post aus der Bundesrepublik und aus Westberlin. Diese Abteilung verfügte über drei Referate. Sie waren für folgende Aufgaben zuständig: das Referat 1 für Fahndung im internationalen Postverkehr, das Referat 2 für die Auswertung der eingehenden Post und das Referat 3 für die Kontrolle des Telegrammverkehrs im konspirativen Objekt »Berta« – dahinter verbarg sich das Haupttelegrafenamt (HTA). Das Referat 1 hatte seinen Sitz im Berliner Ostbahnhof.

Die Abteilung 3 übernahm die Kontrolle des Binnen-Postverkehrs. Dazu verfügte sie über vier Referate. Referat 1 war für die Fahndung im Leerungsaufkommen von Ostberlin, das Referat 2 für die Auswertung von DDR-internen Briefsendungen, das Referat 3 für das konspirative Objekt »Anton« – auch als »Kontrollpunkt (KP 1)« bezeichnet – und das Referat 4 für das Postfuhramt zuständig. In diesem Referat wurden ausschließlich OibE beschäftigt. Das Referat 1 hatte seinen Sitz am Nordbahnhof, das Referat 4 im Postfuhramt.

In der Abteilung 4 wurde der grenzüberschreitende Kleingut- und Päckchenverkehr kontrolliert. Diese Abteilung gliederte sich in drei Referate: Referat 1 war für die Fahndung sowohl im Postein- als auch -ausgang und das Referat 2 für die Auswertung der entsprechenden Post verantwortlich. Referat 3 bearbeitete die Postsendungen aus dem Bundesgebiet, die aufgrund der Postleitzahlenidentität der Bundesrepublik und der DDR versehentlich in den Befugnisbereich der DDR gelangten (»Irrläufer«).

Die Leitung und die Referate 1 und 2 hatten ihren Arbeitssitz im Ostbahnhof, das Referat 3 in Freienbrink, einem Ort bei Berlin. Im Dienstobjekt Freienbrink wurden Pakete aus dem Operationsgebiet kontrolliert. Dieses Objekt gliederte sich in mehrere Teilobjekte und wurde von mehreren Diensteinheiten des MfS genutzt.[41]

Die technische Bearbeitung der Postsendungen erfolgte durch die Abteilung 5. Das bedeutete, dass die von den Fahndungsreferaten vorausgewählten Postsendungen geöffnet, untersucht, dokumentiert und wieder verschlossen wurden. Diese Aufgabe oblag drei Referaten: Referat 1 dokumentierte die Postsendungen, Referat 2 war für das Öffnen und Referat 3 für das Schließen dieser Sendungen befugt.

Die Abteilung 6 befasste sich mit operativen Aufgaben und der Objektsicherung. Sie umfasste vier Referate, die folgende Aufgaben zu lösen hatten: Das Referat 1 führte Ermittlungen und Überprüfungen von Personen durch. In die Ermittlungen waren auch die Zentrale Meldekartei und das Präsidium der Volkspolizei einbezogen. Sie erfolgten durch Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM), die zudem das konspirative Objekt »Linde« in Templin abzusichern hatten. Das Referat 2 beschäftigte sich mit der Schriftenfahndung und Vorgangsbearbeitung auf der »Linie« Postkon-

41 Vgl. Auskunftsbericht zum Dienstobjekt Freienbrink v. 5.12.1989; BStU, MfS, M 2214, Bl. 17 f.

trolle,[42] das Referat 3 war für die operative Sicherung der Arbeitsprozesse der Post und das Referat 4 für die Zusammenarbeit mit dem Postministerium und der Zollverwaltung verantwortlich. Die Sicherung der Postbezirksdirektion und des Postministeriums erfolgte durch OibE der Abteilung 6.

Die Abteilung 7 war für die Rückwärtigen Dienste und die materialtechnische Sicherstellung zuständig und verfügte über drei Referate: Referat 1 übernahm die materialtechnische Sicherung der Diensteinheit, das Referat 2 die Betreuung, Wartung und Instandhaltung der konspirativen Objekte der Abteilung M. Das Referat 3 war für den Versorgungsbereich des konspirativen Objektes »Linde« verantwortlich.

Die Abteilung 8 setzte sich aus zwei Referaten zusammen und führte die Speicher M/01 und M/02. Das Referat 1 überprüfte verdächtige Postsendungen und operativ bedeutsame Materialien, das Referat 2 war für Vergleiche und analytische Aufgaben sowie für die beiden Speicher zuständig. Als Nachweis und Ergebnis ihrer Postkontrolle führte die Abteilung M die oben genannten Speicher mit kopierten und fotografierten Postsendungen: M/01, sortiert nach DDR-Adressen, und M/02, nach »West«-Adressen geordnet.

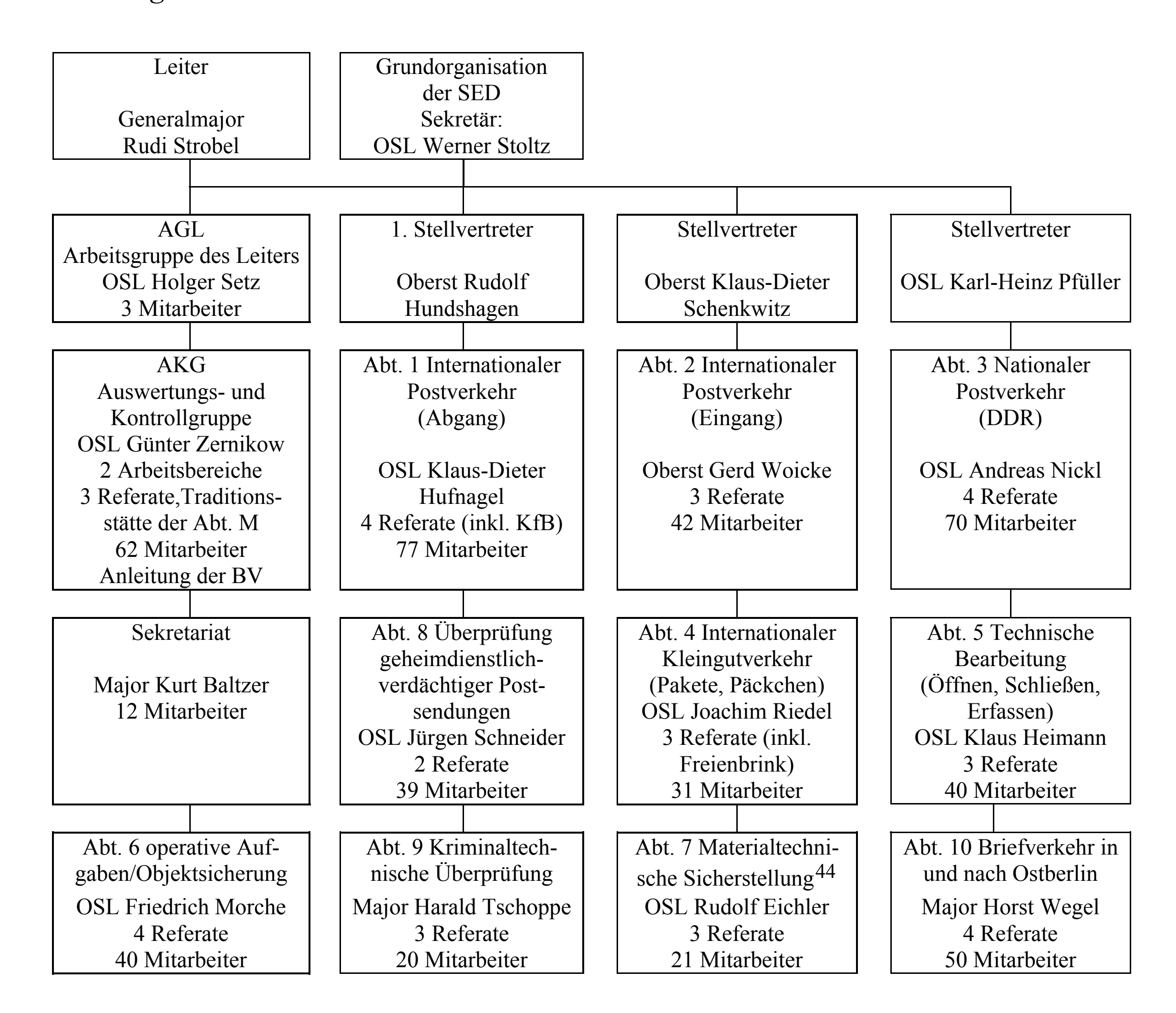
Die Abteilung 9 verfügte über drei Referate und zeichnete verantwortlich für die kriminaltechnischen Überprüfungen geheimdienstlicher Sendungen. Referat 1 bearbeitete diese Sendungen mithilfe physikalischer und Referat 2 mit chemischen Mitteln und Methoden. Das Referat 3 war für die operative Technik (Entwerfen, Herstellen, Wartung) zuständig.

In der Abteilung 10 erfolgte die Anschriftenfahndung von Briefsendungen in und nach Ostberlin. Sie bestand aus vier Referaten. Die Referate 1 bis 3 führten Fahndungen im DDR-internen Briefverkehr durch. Referat 4 entsprach dem Führungspunkt des konspirativen Objektes »Cäsar«. Alle vier Referate hatten ihren Sitz im Ostbahnhof.

---

42 Die Zusammenarbeit der zentralen Diensteinheit des MfS in Ostberlin mit den nachgeordneten Dienststellen auf der Landes- bzw. späteren Bezirksebene wurde generell als »Linie« bezeichnet. Zum Linienprinzip des MfS vgl. Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. Berlin 1996, S. 234. Hierzu Kapitel 5, S. 33.

Abteilung M im Jahre 1989[43]



3.2 Mitarbeiter

Ende 1989 schwankte die Zahl der Mitarbeiter der Abteilung M in der Zentrale in Berlin zwischen 514[45] und 516[46]. Unter diesen Personen befanden sich 41 OibE, die das MfS vornehmlich in der Abteilung 1, und zwar in der Kurierstelle für Botschaftspost (Anzahl 27), in der Abteilung 3 im Postfuhramt (12) sowie in der Abteilung 6 mit je einem Mitarbeiter im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und in der Bezirksdirektion der Deutschen Post untergebracht hatte. 1989 führte die Abteilung M – nach bekannten Erfassungen – 53 Inoffizielle Mitarbeiter in der Deutschen Post.

Obwohl die Struktur der Abteilung M 36 Referate aufweist, wurden im Oktober 1989 noch 45 Referatsleiter bestätigt. Das könnte als Hinweis gedeutet werden, dass für die Abteilung M im Jahre 1989 noch ein personeller Ausbau geplant war.[47]

---

43 Vgl. Struktur- und Stellenplan der Abteilung M des MfS. Berlin 1988; BStU, MfS, M 501, Bl. 20–41.

44 Gemäß Aufgabenbeschreibung der Abteilung 7 wird deutlich, dass die AKG für die Anleitung der Bezirksverwaltungen zuständig war. Vgl. Struktur- und Stellenplan der Abteilung M des MfS von 1988; ebenda, Bl. 26.

45 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 26), Anhang.

46 Über 516 Mitarbeiter verfügte das MfS im September 1989. Vgl. Wiedmann: Zu jeder Zeit und an jedem Ort (Anm. 19), S. 89.

47 Schreiben über die bestätigten Abteilungsleiter, stellvertretenden Abteilungsleiter, Referatsleiter und stellvertretenden Referatsleiter (o. D., Kontext Oktober 1989); BStU, MfS, M 192.

Der Anteil der Frauen in der Abteilung M lag, wie bereits erwähnt, auch im Jahre 1989 über dem Durchschnitt des Frauenanteils im MfS. Die Altersstruktur weist nennenswerte Abweichungen allerdings nur bei den 20-Jährigen und 31- bis 40-Jährigen auf:

	Anteil der Frauen	
	Abteilung M (in %)[48]	MfS (in %)[49]
bis 20-Jährige	0,8	9
31- bis 40-Jährige	35	27

Die Abteilung M war also bei den jungen Mitarbeitern unterproportional und bei der mittleren Generation überproportional besetzt. Kein Mitarbeiter der Abteilung M war über 60 Jahre alt. Hier dürfte sich die Aufgabenstellung widergespiegelt haben. Einerseits verlangte sie von den Mitarbeitern höchstes Vertrauen und Erfahrung, andererseits hohe physische und psychische Belastungen.

4 Entwicklungsgeschichte

4.1 Vorgeschichte

In der Ostberliner Zentrale sowie in den Landesverwaltungen (LVfS) des MfS wurden 1950 die so genannten Abteilungen VI a gebildet. Die Außenstellen der Abteilung VI a in Ostberlin nannte man »Aussortierungsstellen für antidemokratische Schriften« bzw. »Auffangstellen für antidemokratischen Schriftverkehr« (»AFaS«). Das Zusammenwirken der Zentrale mit diesen Außenstellen lief bis 1951/52 unter der Bezeichnung »Linie VI a«. Im Laufe der Zeit wurden im Gebiet der DDR über 50 AFaS eingerichtet.

Zwei Schwerpunkte bestimmten die Aufgabenstellungen der Abteilungen VI a:
Erstens sollten »antidemokratische Schriften«, die als »Hetzmaterial«, gerichtet gegen die DDR, charakterisiert wurden, erkannt und von einer Weiterbeförderung durch die Post ausgeschlossen werden. Und zweitens waren Berichte zu erstellen, die über die Lage und Stimmung in der Bevölkerung sowie in Betrieben, Einrichtungen und Institutionen Auskunft geben sollten. Die »antidemokratischen Schriften« fielen hauptsächlich bei der Kontrolle von Briefen im »internationalen Briefverkehr-Eingang« aus der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin an. Auf den Fahndungslisten standen vornehmlich solche Organisationen wie die Ostbüros der SPD und der CDU,[50] die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UfJ),[51] der Bund deutscher Jugend (BdJ) und die Zeugen Jehovas.[52] Diese Schriften zu erkennen, insbesondere solche, die von Organisationen abgeschickt wurden, bereitete damals kaum Probleme, da diese Postsendungen signifikante Erkennungsmerkmale wie Gewicht, Geruchsspuren von der Druckerschwärze, Frankatur

48 Vgl. Altersstruktur der Abteilung M, Stand 31. Januar 1989 (o. D.); BStU, MfS, M 198, Bl. 17.
49 Vergleich zum Stand Ende 1988. Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 26), S. 430.
50 Vgl. Willkommen, Frank: Die Bildung und Profilierung der Abteilung M als Bestandteil des Kampfes des MfS gegen den Feind (1950–1962), Diplomarbeit an der JHS Potsdam v. 28.3.1988; BStU, MfS, M 377, Bl. 18.
51 Vgl. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Mit Flugblättern und Anklageschriften gegen das SED-System. Die Tätigkeit der Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit (KgU) und des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen der Sowjetzone (UfJ). Hg. v. Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 1998.
52 Willkommen: Die Bildung und Profilierung der Abteilung M (Anm. 50).

sowie Ähnlichkeiten im Format und im Schriftbild besaßen. Unerkannt blieben häufig solche Sendungen, die von einzelnen Personen ausgingen und in Ostberlin oder in der DDR zum Versand gebracht wurden.

Die Stimmungs- und Lageberichte stützten sich auf das von den Landesverwaltungen für Staatssicherheit an die Ostberliner Zentrale zugeleitete Material. Sie sollten das MfS in die Lage versetzen, »jederzeit ein einwandfreies Bild über die Stimmung der Bevölkerung der verschiedenen sozialen Schichten zu den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen zu geben«[53]. Das bezog sich auch auf die Westpost, sodass schon damals der innerdeutsche Briefverkehr nicht nur erfasst, sondern auch inhaltlich kontrolliert wurde. Wie breit und gezielt die Postkontrolle in der DDR ausgerichtet war, belegt eine Anweisung des MfS vom 25. Mai 1951.[54] Hiernach wurde den einzelnen Landesverwaltungsstellen die Aufgabe vorgegeben, die Post bzw. die Briefe folgender Bevölkerungsgruppen zu sichten und auszuwerten – Brandenburg: je 1 000 Arbeiter des Hüttenkombinates Ost und des Stahlwerks Brandenburg sowie 1 000 Alt- und Neubauern; Mecklenburg: 1 000 Arbeiter der Werften, 500 Studenten und 50 Dozenten der Universität Rostock sowie ebenfalls 1 000 Alt- und Neubauern; Sachsen-Anhalt: je 1 000 Arbeiter der chemischen Industrie und des Magdeburger Schwermaschinenbaus, 800 Studenten und 100 Dozenten der Martin-Luther-Universität Halle sowie 1 000 Alt- und Neubauern in der Altmark; Sachsen: je 1 000 Arbeiter des Stahlwerkes Riesa sowie Gewerbetreibende/Kaufleute, 800 Studenten und 100 Dozenten der Universität Leipzig und Thüringen: je 1 000 Arbeiter des Stahlwerkes Unterwellenborn, der Zeiss-Werke in Jena sowie Gewerbetreibende und 800 Studenten und 100 Professoren der Jenaer Universität.[55]

Wenn auch nicht nachweisbar, so legt diese Aufgabenstellung den Schluss nahe, dass die Postkontrolle des MfS schon damals über spezifische Karteien und Speicher sowie über eine stattliche Personalstärke verfügt haben musste. Als Norm »für alle eingearbeiteten Kräfte« der einzelnen Stellen wurde damals das Lesen von »arbeitstäglich [...] pro Person 500 Briefen« vorgegeben.[56] Die Postkontrolle erfolgte in speziellen Räumen ausgewählter zentraler Postämter. Dort waren Mitarbeiter der Abteilung VI a konspirativ, das heißt verdeckt, und frühzeitig in den Prozess der postalischen Abläufe einbezogen. Postbedienstete hatten das Postaufkommen der Linie VI a bereitzustellen und die unterbrochene reguläre Postbearbeitung fortzusetzen. So wurde ihnen ein unmittelbarer Zugriff auf den Brief- und im Bedarfsfall den Paketstrom ermöglicht.[57]

Die Berliner Abteilung VI a verfügte anfangs nur über eine Außenstelle (Objekt A), die im Postamt N 4 (Norden 4) am Nordbahnhof untergebracht war. Diese Kontrollstelle, auch als konspiratives Objekt »Anton« bezeichnet, bestand bis November 1989. Wenig später kam ein zweites Objekt C, das konspirative Objekt »Cäsar« im Bahnpostamt am Ostbahnhof, hinzu.[58] Über diese beiden Ämter wurde die meiste Post aus und nach Berlin befördert. Als dritter Kontrollpunkt bestand seit Ende 1951 bis 1987 das Objekt »Berta« (HTA) in der Gotlindestraße. Es war für die Kontrolle des

---

53 Anweisung des MfS zur Verbesserung der Arbeit der Abteilung VI a v. 25.5.1951; BStU, MfS, DSt 201383, Bl. 1.

54 Ebenda. Der Grundtext dieser Anweisung war für die fünf LVfS gleich, lediglich die Seite 4 war als Austauschseite angelegt und enthielt die angewiesenen Aufgaben für die jeweilige LVfS. Ebenda, Austauschblatt 4.

55 Ebenda, Austauschblatt 4.

56 Ebenda.

57 Die Pakete wurden durch die Abteilung PZF und nach der Zusammenlegung der Abteilungen PZF und M 1984 nur durch die neue Abteilung M kontrolliert.

58 Zu den Vorgängen in den »konspirativen« Räumen des MfS im Briefverteileramt Nordbahnhof vgl. KO »Anton«; BStU, MfS, AIM 17723/89. Zu den Vorgängen im Briefverteileramt Ostbahnhof vgl. KO »Cäsar«; BStU, MfS, AIM 17393/89.

Telegrafenverkehrs im Bereich Groß-Berlin zuständig und wurde in den sechziger Jahren zur Zentraltelegrafenstelle Berlin (ZTSt) der DDR ausgebaut. Damit wurde eine wesentliche Lücke im System der flächendeckenden Postkontrolle geschlossen.

Struktur der Abteilung VI a 1950 bis 1951

Die Abteilung VI a setzte sich Ende 1951 aus dem Leiter, seinem Stellvertreter und drei Referaten zusammen. Die drei Referate sammelten Informationen und übernahmen die Telegramm- und Briefkontrolle, in die die Kontrollpunkte einbezogen waren. Sie hatten ihren Sitz in der Ostberliner Normannenstraße. Von hier aus wurde die Tätigkeit der Mitarbeiter in den Berliner Kontrollstellen koordiniert. Auch für die Verbindung zwischen der Zentrale und den einzelnen Außenstellen standen zunächst nur einfache Mittel zur Verfügung. Der Transport des einbehaltenen Postgutes wurde vom jeweiligen Vorgesetzten oder dessen Stellvertreter persönlich ausgeführt.[59]

Mitarbeiter der Abteilung VI a in den Jahren 1950 bis 1951

Als erster Leiter der Abteilung VI a wurde im August 1950 der damalige Oberrat der Volkspolizei Otto Lorenz eingesetzt, der aber erst im Jahre 1953 als Leiter bestätigt wurde.[60] Lorenz leitete die Postkontrolle in Berlin bis Juli 1954. Danach erfolgte die Versetzung in die Bezirksverwaltung Magdeburg – wie es hieß – auf eigenen Wunsch.[61]

Sein Stellvertreter, Oberrat der Volkspolizei Anton Herleth, der Anfang des Jahres 1951 seine Arbeit in der Postkontrolle aufnahm, war vor allem für die zentrale Beschaffung kriminaltechnischer Geräte sowie für die Mitarbeiter der Linie VI a zuständig.

Der Abteilung VI a standen bis 1951 nur einige Dutzend Mitarbeiter zur Verfügung.[62] Diese waren völlig unerfahren und mussten ihre Arbeitsabläufe selbst konzipieren, denn eine entsprechende »Berufsausbildung« gab es bis dahin nicht. Sie konnten auch nicht auf die Praxis und Erfahrungen anderer Diensteinheiten zurückgreifen.

4.2 Gründung und Entwicklung der Abteilung M in den Jahren 1951 bis 1965

4.2.1 Aufgaben

Etwa zur Jahreswende 1951/52 wurden die Abteilungen VI a in die Abteilungen M umgewandelt. Die Hintergründe dieser Namensänderung liegen noch offen. Eine wesentliche Rolle dürfte der Umstand gespielt haben, dass die Linie VI a im Westen enttarnt wurde und in der DDR nunmehr bekannt war.[63] Innerhalb der Struktur der Deutschen Post führten die Dependancen der »Linie« M die Bezeichnung »Stelle 12«.[64] Unmittelbare Veränderungen in der Leitung, der Struktur, den Aufgaben und der Arbeitsweise oder dem Setzen neuer Schwerpunkte in der Postkontrolle durch das

---

59 Vgl. Willkommen: Die Bildung und Profilierung der Abteilung M (Anm. 50), Bl. 15.

60 Dienststellungs-Attestierungsblatt für 1955 v. 25.3.1955, S. 34; BStU, MfS, KS 74/69, und Vorschlag zur Auszeichnung mit dem »Vaterländischen Verdienstorden« in Bronze v. 30.12.1964; BStU, MfS, KS 74/69, Bl. 50.

61 Attestationsblatt v. 31.5.1955; ebenda, Bl. 27.

62 Genaue Mitarbeiterzahlen für die Jahre 1950/51 sind nicht bekannt. Vgl. Willkommen: Die Bildung und Profilierung der Abteilung M (Anm. 50), Bl. 15.

63 Sargolla, Bernhard: Die rote Gestapo. Der Staatssicherheitsdienst in der Sowjetzone. Hg. v. der KgU. Berlin 1952, S. 40 f.

64 Objektordnung des Objektes A v. 1. April 1989; BStU, MfS, BV Gera, M 0104.

MfS gingen mit der Namensänderung nicht einher. Spuren hinterließ die Verwaltungsreform. Im Sommer 1952 wurden die fünf Länder der DDR in 14 Bezirke untergliedert. Damit rückte die Postkontrolle zumindest strukturell näher an die Absender und Empfänger heran.

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 traf das MfS im Allgemeinen wie die Abteilung M im Besonderen, da sie weder die Anzeichen noch das Ausmaß der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Verhältnisse richtig erkannt und eingeschätzt hatten. Die Verschwörungstheorie, dass der Volksaufstand vom Westen inspiriert und geschürt worden sei, schlug ebenfalls besonders auf die »Linie« der Postkontrolle zurück, denn schließlich wurde der Eingriff in den Postverkehr intern vor allem mit dem Argument gerechtfertigt, westlichen Einflüssen, Agenten und Saboteuren auf die Spur zu kommen.[65] Das Ansehen des MfS in der Partei- und Staatsführung hatte erheblich gelitten.

Wenige Monate nach dem »17. Juni«, im Oktober 1953, lieferte dann das erste Statut der Staatssicherheit den Freibrief, das Postgeheimnis zu unterwandern. Es erkannte dem Staatssekretariat für Staatssicherheit »das Recht« zu, Zensur auszuüben sowie Beobachtungen und Abhörmaßnahmen durchzuführen.[66]

Offensichtlich gegenüber den Bereichen der M misstrauisch geworden, rief der neue Chef des Staatssicherheitdienstes (SfS), Staatssekretär Ernst Wollweber, eine Informationsgruppe ins Leben, die umfassende Informationen zur Lagebeurteilung zu liefern hatte.[67] Zugleich rückte die Zensur immer mehr in den Mittelpunkt der Arbeit der Postkontrolle. Dazu gehörte auch der Aufbau einer Kartei, die die Korrespondenz von Bürgern der DDR mit Bürgern westlicher Staaten bzw. mit westlichen Einrichtungen erfassen sollte.

Die einzelnen Arbeitsschritte bei der Postkontrolle waren genau vorgegeben und nach folgenden speziellen Arbeitsgruppen untergliedert:[68]

1. Sortieren, unterteilt nach Grob-, Fein- und Auftragssortierung;
2. Technische Bearbeitung;
3. Leser;
4. Schreiber;
5. Mitarbeiter an der Lampe.

Durch die Grobsortierer erfolgte die Übernahme bzw. Übergabe der Post. Zuzuführen waren alle Briefsendungen bis 1 000 Gramm. Fehlten vor Ort »Warenkontrollpunkte«, das heißt die Diensteinheiten der Paketkontrolle, so übernahm die zuständige Abteilung M auch die Überprüfung der Päckchen und Pakete. Die Grobsortierung hatte »alle verdächtigen Sendungen« auszusondern und der Fein- bzw. Auftragssortierung zuzuleiten.[69] Aus dieser Gruppe wurde zunächst die Post nach Bezirken/Orten und Straßen und anschließend nach unter Postkontrolle gestellte Personen oder Institutionen ausgesiebt. Den Sortierern war es untersagt, Sendungen auch nur teilweise zu öffnen. Geheimdienstverdächtige Post war sofort der Abteilung M in der Zentrale zu übergeben.

---

65 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1955 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 157 ff.; Kowalczuk, Ilko Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 263 f.

66 Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit v. 15.10.1953, S. 1; BStU, MfS, DSt 102102.

67 Befehl Nr. 279/53 des Staatssekretärs (im MdI) v. 7.8.1953; BStU, MfS, DSt 100072.

68 Dienstanweisung Nr. 41/53 des MdI/SfS v. 30.11.1953 für die Arbeit in der Abteilung M; BStU, MfS, DSt 100883.

69 Auftragssortierung bedeutete Aussortieren im Auftrag einer anderen Diensteinheit.

Verdächtige Sendungen oder solche, die auf Aufgabenschwerpunkte hinwiesen, erhielt die Arbeitsgruppe »Leser«. Für diese Mitarbeiter gab es eine Reihe von Auflagen: Gelesen werden durfte nur auf Tischen mit weißer Unterlage, und der Inhalt musste über dem Tisch aus dem Umschlag entnommen werden. Wurden Geld oder andere Wertsachen festgestellt, so waren sie sofort dem Leiter des Kontrollpunktes zu übergeben. Täglich musste ein Rapport über die Anzahl der gelesenen Briefe und den Charakter der darin enthaltenen Äußerungen erstellt werden.

Verklebte Sendungen übernahm die Gruppe »Technische Bearbeitung«. Sie öffnete und schloss die Post. Dazu wurden spezielle Apparate und Wasserdampf genutzt. Postsendungen mit zusätzlichen Klebestreifen sollten beim Schließen in den alten Zustand versetzt werden. Die technischen Mittel stellte in der Regel die zentrale Abteilung M bereit. Die Gruppe »Schreiber« hatte Terminsachen wie Treffs, Hinweise auf Spionage, Sabotage oder Terror vordringlich zu bearbeiten und den zuständigen Diensteinheiten zuzuleiten. Die Texte mussten originalgetreu abgeschrieben werden.

Als »Arbeit an der Lampe« wurde die Untersuchung geheimdienstverdächtiger Sendungen bezeichnet. Sie erfolgte in einem dunklen Raum. Unter der Quarzlampe sollte der Inhalt aus dem Umschlag genommen und Blatt für Blatt geprüft und danach wieder unter der Lampe in den Umschlag zurückgesteckt werden. Entdeckte man geheimdienstliche Sendungen, so wurden sie der Abteilung K (Operative Technik), dem Vorläufer des späteren Operativ-Technischen Sektors (OTS) des MfS, zur speziellen Untersuchung übergeben.

Kritisch wurde in dieser Zeit reflektiert, dass sowohl der Mangel an Sortierkräften als auch die für die Zensur der Telegramme vorgegebene Zeit (je Telegramm drei Minuten) eine kurzfristige Erledigung nicht ermögliche und deshalb die Post zu lange in der Abteilung M bleiben müsse.[70] Offensichtlich war aber auch die Motivation der Mitarbeiter nicht gerade ausgeprägt. Sie vermissten, so wurde unter anderem angemerkt, Hinweise darauf, »warum was sortiert wird« und welchen Wert ihre Arbeit habe.[71]

Seit Mitte der fünfziger Jahre rückten drei Aufgaben in den Mittelpunkt: Die Postkontrolle sollte einen Querschnitt über die Stimmung an »jeweils wichtigen Punkten in der DDR« gewinnen, Agenten in der DDR entlarven helfen und, was neu war, der Auslandsaufklärung zuarbeiten.[72] Einer situationsbedingten Ausrichtung der Arbeit kam die Abteilung M beispielsweise nach, als sie sich 1955 nach dem Ausbruch politischer Unruhen an der Medizinischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald darauf konzentrierte, gezielte Kontrollen von Brief- und Telegrammsendungen, die an die Universitäten und Hochschulen in der DDR gerichtet waren, vorzunehmen.[73] Auch die offizielle Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) im Januar 1956[74] veranlasste die Abteilung M zu der Festlegung, ab sofort systematisch Informationen über dieses Ereignis zu sammeln.[75] Dabei sollten ausdrücklich verstärkte Kontrollen über das Einschleusen von »Hetzschriften« in die Armee erfolgen, die Stimmung unter den Soldaten und ihren Angehörigen gründlich erfasst

70 Vermerk über die Dienstbesprechung mit der Abteilung M am 9.4.1954; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 153 ff.

71 Ebenda.

72 Diese Aufklärung betraf vor allem Westdeutsche, die leitende Funktionen innehatten. Vgl. Vermerk über die Dienstbesprechung mit der Abteilung »M« am 14.1.1955; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 134–141.

73 Schreiben des Stellvertreters des Staatssekretärs des SfS im MdI, Generalleutnant Mielke, v. 31.3.1955, S. 2; BStU, MfS, DSt 101558.

74 Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: GBl. der DDR Nr. 8 v. 24.1.1956, S. 81.

75 Dienstanweisung Nr. 2/56 des Stellvertreters des Ministers, Generalleutnant Mielke, v. 18.6.1956; BStU, MfS, DSt 100963.

und eine umfassende Berichterstattung über die Stimmung in der Bevölkerung zur Gründung der NVA organisiert werden. Mit der abermaligen Zunahme der Fluchtbewegung im Jahre 1960 und 1961, vor allem über das offene Schlupfloch Berlin,[76] war die Abteilung M vornehmlich damit beschäftigt, Informationen aus Briefen zu erlangen, die Hinweise auf Fluchtpläne lieferten.[77] Hinsichtlich der Auslandsaufklärung sollten Anknüpfungspunkte gefunden werden, Westberliner, Westdeutsche und Ausländer in das Netz der Westspionage des MfS zu verfangen.[78] Die entsprechenden Dienste der Abteilung M nahmen nicht nur die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), die sich sogar ein eigenes Referat zur Bearbeitung angefallener Post schuf, sondern auch die Hauptabteilung II (Spionageabwehr) und die Abteilung V in Anspruch. Damit die Abteilung M diese Aufgabe erfüllen konnte, wurde sie mit neuen technischen Mitteln ausgestattet, die es ihr ermöglichten, Geheimschriften nach neuen wissenschaftlichen Methoden festzustellen.[79] Die operativen Abteilungen des MfS wurden aufgefordert, an die Abteilung M Postkontrollaufträge zu erteilen, von denen mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden konnte, »dass sie Geheimschriften aufweisen«.[80]

Die Einführung des Postleitzahlsystems in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1961 erleichterte es der Abteilung M erheblich, den Postverkehr zwischen Ost und West zu überwachen. Anhand der Leitzahlen konnte sie zusammen mit der Hauptabteilung II so genannte Leiträume festlegen, das heißt Bereiche, wo geheimdienstliche Deckadressen gehäuft auftraten. Sendungen aus Leiträumen überwachte sie dann besonders aufmerksam, zumal die Staatssicherheit feststellte, dass seit 1962 verstärkt Briefe mit Geheimschrift[81] in die DDR aufgegeben wurden. Dieses Phänomen war die Folge des Mauerbaus, der eine Zäsur in der Arbeit der Abteilung M setzte. Unmittelbare Kontakte konnten nun entweder gar nicht mehr oder nur äußerst erschwert hergestellt werden. Die Postverbindung von Ost nach West und umgekehrt gewann als Kommunikationsweg enorm an Bedeutung und stellte neue Anforderungen an das MfS und speziell an die Postkontrolle.[82] Auch die westlichen Geheimdienste mussten sich umstellen. Anders sah die Lage für die DDR-Spione aus. Mit dem Mauerbau wurden für sie zugleich »Übergangsstellen« geschaffen, die jederzeit und unbemerkt Schleusungen von Ost- nach Westberlin und umgekehrt ermöglichten.[83]

Der ständig wachsende Informationsbedarf – auch aus den Reihen des MfS – verlangte erhöhte Anforderungen an die Datenspeicherung. Das schlug sich nieder im

---

76 Hierzu Wendt, Gerd; Curth, Roland: Fluchtziel Berlin. Berlin 1998.

77 Vgl. Schreiben des Ministers über »politisch-operative Maßnahmen und Erfahrungen zur Einschränkung und Verhinderung von Republikfluchten in Ausführung der Anweisung 1/60 vom 4.5.1960« v. 7.7.1960; BStU, MfS, DSt 101427.

78 Vermerk über die Dienstbesprechung am 14.1.1955 (Anm. 72).

79 Schreiben des Stellvertreters des Ministers Generalmajor Walter v. 9.6.1956, S. 1; BStU, MfS, DSt 101574.

80 Ebenda.

81 Bei Geheimschriftsendungen handelte es sich um spezielle nachrichtendienstliche Informationsträger, die bis zu ihrer Entwicklung unsichtbar sind und sich deshalb zur postalischen Übermittlung von Spionageinformationen an die Geheimdienstzentralen sowie für Anweisungen und Instruktionen an die Spione eignen. Bei der Anfertigung der Geheimschriften auf Postsendungen wurden Durchschreibe-, Nassschreib- und Kontaktverfahren angewendet. Als Geheimschreibmittel wurden unterschiedliche Sorten von Geheimschrift-Kopierpapier sowie Geheimsubstanzen zum Einsatz gebracht, deren Qualität sehr unterschiedlich war. Bei Geheimsendungen zu Beginn der sechziger Jahre kamen lediglich Nassschreib- und Durchschreibeverfahren zum Einsatz. Das Kontaktverfahren wurde erst Mitte der sechziger Jahre entwickelt und eingesetzt.

82 Vgl. Befehl Nr. 432/63 des Ministers v. 6.7.1963 über die Verringerung der PK-Aufträge; BStU, MfS, DSt 100387.

83 Vgl. Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II (Anm. 6), S. 42 f.

Aufbau einer Verbindungskartei.[84] In dieser Datei wurden Absenderaufgaben nach alphabetischen Kriterien gespeichert. Die Abfragen und vor allem die Postkontrollaufträge anderer Diensteinheiten des MfS an die Abteilung M über Personen, Straßen und Objekte beiderseits der innerdeutschen Grenze nahmen ein derartiges Ausmaß an, dass sich Stasi-Chef Mielke 1965 veranlasst sah, einen Riegel vorzuschieben, indem er diese Aufträge, aufgeschlüsselt nach Diensteinheiten, kontingentierte.[85] Eine ordnungsgemäße Realisierung aller laufenden Postkontrollaufträge des Jahres 1965 hätte bedeutet, den Personalbestand der Abteilung M »in den postalischen Stoßzeiten um ca. ein Drittel«[86] aufzustocken. Zudem waren auch die erforderlichen Räumlichkeiten nicht verfügbar. Offensichtlich sah sich die MfS-Führung nicht in der Lage, die Engpässe zu überwinden, da es fortwährend Klagen gab. Durch die Kontingentierung konnten die Zielstellungen nicht mehr termingerecht erledigt werden. Dem Auftragssystem kam die Abteilung M jedoch insofern entgegen, als sie eine eigene Schriftenfahndung aufbaute.[87]

4.2.2 Struktur

Als Folge der gewachsenen Aufgaben wurde die Abteilung M bis 1965 von drei Referaten im Jahre 1952 auf fünf Referate im Jahre 1956 aufgestockt.[88] 1952 war das Referat 1 für Information, das Referat 2 für das Haupttelegrafenamt (Kontrolle der Telegramme) und das Referat 3 für die Postkontrolle (auch Kontrollpunkt 1 bzw. KP 1 genannt) zuständig.

Spätestens im Jahre 1954[89] wurde ein Referat »Inspektion« aufgebaut, das für die Anleitung und Kontrolle auf der Linie M zuständig war. Dieses Referat übernahm auch die Anleitungsfunktion für die Informationsaufgaben der Abteilung. Im Jahre 1956 kam das Referat »Auslandskartei« dazu. In dieser Kartei sollten alle Auslandsverbindungen, einschließlich Verbindungen nach Westberlin und Westdeutschland, von DDR-Bürgern erfasst werden.

---

84 Später ging diese Kartei in den sogenannten Speicher M/=1 ein, der bis 1988 existierte.

85 Vgl. Befehl Nr. 432/63 v. 6.7.1963 über die Verringerung der PK-Aufträge; BStU, MfS, DSt 100387.

86 Ebenda.

87 Vgl. Schmieder, Wulf: Die Entwicklung der Abteilung M des MfS zur operativen Diensteinheit in den sechziger Jahren, Diplomarbeit an der JHS Potsdam, 10.3.1988; BStU, MfS, M 379, Bl. 27.

88 Vgl. Organigramm im Jahre 1956. Zusammengestellt nach Befehl Nr. 34/56 v. 27.1.1956; BStU, MfS, KuSch 1069, Bl. 54.

89 Vermerk über die Dienstbesprechung der Abteilung »M« am 14.1.1955 (Anm. 72), Bl. 137.

Struktur der Abteilung M im Jahre 1956[90]

Leiter Oberst Willi Schläwicke	Stellvertreter Oltn. Arno Däne
Referat 1 Information Ltn. Gabriele Keilig	Referat 3 Inspektion Hptm. Bruno Hambach
Referat 2 Auslandskartei Hptm. Anton Herleth	Referat 5 KP 2 (KO »Cäsar«) Maj. Wilhelm Schwerdtfeger
Referat 4 KP 1 (KO »Anton«) Ltn. Gerda Diesner	

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wurden die Bereiche Technik und Zensur aus dem Kontrollpunkt 1 ausgegliedert und in den Dienstkomplex Freienwalder Straße verlegt, wo verschiedene MfS-Diensteinheiten wie das Untersuchungsorgan (HA IX), die Untersuchungshaftanstalt (Abt. XIV) und technische Bereiche untergebracht waren. Im Laufe der Jahre entstand hier der Dienstsitz der Abteilung M,[91] der bis 1985 bestehen blieb und als »Große-Leege-Straße« bezeichnet wurde. Diese Verlagerung war für die Postkontrolle insofern vorteilhaft, als sie nun über großzügige Raumkapazitäten verfügte und auch die Konspiration verbessert werden konnte. Im Kontrollpunkt wurde die Post übernommen, nach Postkontrollaufträgen sortiert und der Zensur bzw. den Auftraggebern zugeleitet. Hier erfolgte auch die Rückführung in die regulären Postbearbeitungsprozesse.

Um die Postkontrollaufträge in Bezug auf Geheimschriften bearbeiten zu können, wurde 1956 kurzzeitig[92] der Abteilung M ein Referat U (Untersuchungen) zugeordnet.[93] Die operativen Abteilungen wurden aufgefordert, entsprechende Anträge zu stellen.[94]

Im Jahre 1957 reduzierte sich die Abteilung M auf vier Referate, da die Kontrollpunkte 1 (»Anton«), 2 (»Cäsar«) sowie der Bereich »Technik und Zensur« im Haupttelegrafenamt jeweils als Arbeitsgruppen geführt und im Rahmen des Referates 4 zusammengefasst wurden. Anfang der sechziger Jahre wurde das Objekt »Anton« aus dem Referat 4 ausgegliedert und als selbstständiges Referat geführt.[95] Damit verfügte die Abteilung M bis 1965 wieder unverändert über fünf Referate. Vier Mitarbeiter des Haupttelegrafenamtes (»Berta«), die zur Kontrolle der Telegramme eingesetzt waren, unterstanden diesem selbstständigen Referat. Die Telegrammkontrolle ging so vor sich, dass die Texte auf dem Formular vor der Durchgabe nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewertet und unter anderem Absender und Empfänger mit der Kerblochkartei verglichen wurden.

---

90 Zusammengestellt nach dem Befehl Nr. 34/56 v. 27.1.1956; BStU, MfS, KuSch 1069, Bl. 54.

91 BStU, MfS, KS 482/59, Bl. 152.

92 Wegen der Kurzzeitigkeit ist das Referat U nicht im Organigramm aus dem Jahre 1956 enthalten. Im Herbst 1957 erfolgte die Einordnung des Referates U in den Bereich der Abteilung K, die damals für die operative Technik des MfS zuständig war.

93 Schreiben des Stellvertreters des Ministers Generalmajor Walter v. 9.6.1956; BStU, MfS DSt 1001574.

94 Ebenda.

95 Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 21.

Struktur der Abteilung M im Jahre 1961

Leiter Karl Heine	Stellvertreter Walter Mehrbach
Referat Auswertung und Information 7 Mitarbeiter	
Referat 1 KP 1 »Anton« und KP »Berta« ca. 49 Mitarbeiter	
Referat 2 Auslandskartei	
Referat 3 Inspektion	
Referat 4 KP 2 »Cäsar«	

4.2.3 Mitarbeiter

Nach der Zerschlagung des Volksaufstandes im Juni 1953 wurde die Abteilung M nicht mehr dem damaligen Generalleutnant Erich Mielke, sondern dem Verantwortungsbereich von Oberst Martin Weikert untergeordnet. Weikert war für die Spezialabteilungen wie die Hauptabteilung S (technische Sicherheit), die Abteilungen VIII (Ermittlungen, Beobachtungen, Festnahmen), XI (Chiffrierwesen), XII (Karteien, Statistik und »VaU«[96]) zuständig. Damit wurde dem Charakter der Linie M als einer auftragsnehmenden Diensteinheit entsprochen.

Auf Vorschlag des damaligen Staatssekretärs Ernst Wollweber erfolgte 1954 die Ernennung von Oberst Willi Schläwicke zum Nachfolger von Otto Lorenz. Schläwicke wurde am 10. April 1917 in Berlin geboren. Nach der Volksschule absolvierte er eine Buchhalterlehre. 1941 bis 1944 besuchte er das Abendgymnasium und wurde noch vor Kriegsende zur Wehrmacht eingezogen. Nach dem Krieg war er ab 1945 bei der Kripo Berlin und ab 1950 beim MfS als Leiter der Abteilung Finanzen tätig. 1953 bis 1954 leitete er im Range eines Obersts die Abteilung X (Fahndung), danach übernahm er für drei Jahre die Leitung der Abteilung M. Anschließend erfolgte sein OibE-Einsatz als stellvertretender Leiter der HA Pass- und Meldewesen des MdI. 1963 wurde er aus dem MfS entlassen und war als kaufmännischer Angestellter im Verbundnetz Berlin-Mitte tätig.[97]

In den Jahren 1957 bis 1965 wurde die Abteilung M Berlin von Karl Heine geleitet, der offensichtlich wegen seiner Erfahrung in der Spionageabwehr gefragt war.[98] Der am 25. Juni 1905 geborene Heine gehörte seit 1919 der Sozialistischen Jugend und ab 1921 dem Kommunistischen Jugendverband an. 1924 trat er der KPD bei und übte verschiedene Funktionen in ihr aus. In den Jahren 1919 bis 1923 war er Schlosserlehrling, danach arbeitete er illegal in einer konspirativen Gruppe der KPD. Im April 1945 wurde er von der sowjetischen Armee mit speziellen Aufgaben betraut. Im März 1946 trat er in die Reihen der neugebildeten Deutschen Volkspolizei ein. Nach der Bildung des MfS im Jahre 1950 wurde er vom MfS übernommen und in verschiedenen

96 Der Bereich »VaU« der Abteilung XII war für den Geheimschutz zuständig.
97 Schläwicke, Willi, MfS, KKK; BStU, MfS, KS 173/63, Bl. 13.
98 Vgl. Vorschlag zur Auszeichnung mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber anlässlich des 70. Geburtstages v. 20.8.1975; BStU, MfS, KS I 3/83, Bl. 3.

Bereichen eingesetzt. Als die Hauptabteilung II (HA II) 1953 gebildet wurde, stieg er zum Leiter der HA II/3 auf.[99] Weil er mit dem stellvertretenden Leiter der HA II, Werner Klippel, der Mielke direkt unterstand, nicht harmonierte, bat er 1965 den 1. Stellvertreter des Ministers, Bruno Beater, um seine Berentung.[100] Klippel wurde nach dem Mauerbau von Mielke beauftragt, die Arbeit der Fachabteilungen M (Briefkontrolle) und PZF (Paket- bzw. Postzollfahndung) besser zu koordinieren, um die befürchtete stärkere Nutzung des Postkanals durch westliche Geheimdienste besser in den Griff zu bekommen. Die Abteilungen M und PZF blieben im Zuständigkeitsbereich von Beater. Major Klippel sollte bestimmte Einzelfallentscheidungen treffen, die Schulungsarbeit koordinieren und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Postkontrolle organisieren.[101] Zur verstärkten Spionageabwehr zog Heine als Leiter der Abteilung M hauptsächlich Oberstleutnant Walter Mehrbach, der über mehrjährige Erfahrung im Postdienst verfügte, heran. Das postalische Fachwissen und die Erfahrungen in der Spionageabwehr fanden bald ihren Niederschlag in dem ersten Schulungsmaterial der Linie M. Mehrbach wurde 1960 als Leiter des Referates 4 bestimmt und ein Jahr später zum Stellvertreter des Leiters der Abteilung M berufen.[102]

Die Zahl der Mitarbeiter der Abteilung M schwankte in der Zentrale in Berlin zwischen 100 und maximal 147 Mitarbeitern. Der minimale Wert von 100 lag in der Zeitphase 1951 bis 1953.[103] Die erste Mitarbeiterstatistik der Abteilung M aus dem Jahre 1953 weist einen Höchstbestand von 147 Mitarbeitern aus.[104] Im Jahre 1965 hatte sich die Zahl der Mitarbeiter auf 120 verringert.

Der Anteil der Frauen schwankte zwischen 87 und 55 Prozent. Während er sich vor dem Mauerbau auf einem durchgängig hohen Niveau von 78 bis 86 Prozent bewegte, nahm er nach dem Mauerbau kontinuierlich ab und erreichte 1965 mit anteilig 66 Frauen (55 Prozent) seinen bis dahin tiefsten Stand. Der relativ hohe Anteil in den fünfziger Jahren hing mit dem vergleichsweise niedrigen Anforderungsniveau und der darauf beruhenden schlechten Bezahlung zusammen und der sinkende Anteil nach dem Mauerbau damit, dass eine Qualifizierungsoffensive die Frauen offensichtlich durch ihre zumeist dreifache Belastung (Arbeit/Kinder/Haushalt) überforderte. Die Qualifizierungsaufgaben waren hauptsächlich durch die erweiterten Aufgaben wie Telegrammkontrolle, Arbeiten mit den »Verbindungskarteien« bzw. Fahndung nach geheimdienstlichen Quellen und zudem deshalb nötig, weil die Personalstärke der Abteilung M seit 1957 nahezu unverändert blieb. Was bis Anfang der sechziger Jahre versäumt und vermisst wurde, wurde nun systematisch nachgeholt. 1962 lagen die ersten schriftlichen Fahndungsrichtlinien und 1965 ein umfassendes Schulungsmaterial vor, das die grundlegenden Erkenntnisse der Fahndungstätigkeit der Linie M zusammenfasste. Ab Herbst 1965 fanden die ersten Qualifizierungen sowie auch Sonderlehrgänge für die Linie M an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam statt.[105]

---

99 Die Hauptabteilung II/3 bedeutete die französische Linie. Zu Heine vgl. auch die Beurteilung v. 19.2.1954; BStU, MfS, KS I 3/83, Bl. 22.

100 Vgl. Vermerk über die am 14.9.1965 beim Genossen Generalleutnant Beater durchgeführte Aussprache v. 15.9.1965; BStU, MfS, KS I 3/83, Bl. 115.

101 Vgl. Befehl Nr. 330/63 v. 22.5.1963 zur Festlegung der Anleitung und Kontrolle der Abteilung M und der Abteilung Postzollfahndung durch Gen. Major Klippel, Werner, Stellvertreter des Leiters der HA II; BStU, MfS, DSt 100383, sowie Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II (Anm. 6), S. 44.

102 Vgl. BStU, MfS, KS 138/73, Bl. 74.

103 Aus einer Beurteilung des Gen. Hauptmann Paul Ludwig vom 12.10.1953 geht hervor, dass »unter seiner Leitung« seit Mitte des Jahres 1951 »ca. 100 bis 110 Mitarbeiter« arbeiteten; BStU, MfS, BV Magdeburg, KS 68/65, Bl. 95.

104 Kaderbefehl Nr. 97/53 des Ministers v. 4.3.1953; BStU, MfS, KuSch 1358, Bl. 156.

105 Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 51.

Alle Mitarbeiter dieses Postbereiches traten als Beschäftigte der Post auf, besaßen aber quasi den Status von OibE. Sie trugen die Uniform der Postangestellten und erhielten im Rahmen der offiziellen Abrechnungen dieselben Lohn- und Sozialleistungen. Konspirativ bezogen sie die entsprechenden Zulagen als Angehörige des MfS, einschließlich eines längeren Urlaubsanspruchs, durften aber möglichst nicht in Kontakt mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Abteilung M und anderen Diensteinheiten des MfS treten. Dieser Kontakt bestand vornehmlich mit der Abteilung Kader und Schulung und der Parteiorganisation des MfS, vor allem in Verbindung mit ihrer ideologischen »Aufrüstung«.

4.3 Entwicklung der Abteilung M von 1965 bis 1970

4.3.1 Aufgaben

Auf der Grundlage der von Generalleutnant Beater im Herbst 1966 in Form einer Direktive vorgegebenen Ziele[106] wurde die Abteilung M unter ihrem im Jahre 1965 eingesetzten neuen Leiter, Major Rudi Strobel, mehr und mehr auf ein operativ tätiges Profil ausgerichtet. Die Basis dafür bildete ein Maßnahmekatalog Strobels aus dem Jahre 1967,[107] der im Einzelnen die folgenden Aufgaben vorschrieb:

1. Überprüfen des angegebenen Absenders auf Existenz oder Nichtexistenz sowie Vergleich des Absenders mit der Schrift in polizeilichen Akten;
2. Aufbau einer »Operativen Vergleichskartei« (PM), deren Daten konspirativ durch Fotokopien der PM 1-Kartei[108] in die Hände der Abteilung M gelangten;
3. bei vermutetem fingiertem Absender und nachrichtendienstlichem Verdacht einer Postsendung den Einwurfbriefkasten eingrenzen und feststellen sowie systematische Fahndungsarbeit auf der Grundlage der durch die HA II vorgegebenen nachrichtendienstlich verdächtigen Merkmale und der PM 1-Kartei leisten;
4. Briefeinwerfer fotografisch dokumentieren;
5. Vergleich des Einwerferfotos mit dem jeweiligen Passbild auf der PM-Kartei sowie Vergleich der Tarn- bzw. Textschrift, um den Schrifturheber zu identifizieren;
6. Bildung einer OibE-Gruppe und deren konspirative Einschleusung in das Postfuhramt der Deutschen Post Berlin, um die Kastenleerung in bestimmten ausgewählten Regionen Berlins zu realisieren.

Die Maßnahmen 3. bis 6. erhielten aus Gründen der besonderen Geheimhaltung die Tarnbezeichnung »Adlerflug«. Nach Bestätigung durch Beater traten sie am 8. Mai 1968 in Kraft.

Eine zentrale Bedeutung für die Arbeit der Abteilung M gewannen die »Operative Vergleichskartei« und die OibE-Gruppe.

Mithilfe der Vergleichskartei konnte die Fahndungsarbeit der Abteilung M wesentlich qualifizierter und schneller erfolgen. Galt bis 1967 das mit der Polizei abgestimmte Verfahren, sich von Zeit zu Zeit die Antragsformulare zur Ausstellung eines Personalausweises von der Zentralen Meldestelle auszuleihen, so ging man nun

---

106 Direktive für die Durchführung der Aufgaben der Linie M des Ministeriums für Staatssicherheit v. 1.9.1966, Bl. 1–13; BStU, MfS, DSt 102994, sowie Ergänzung Nr. 1 v. 10.12.1966 (2 S.) und 2. Ergänzung v. 6.7.1967 (4 S.).

107 Der Maßnahmeplan stützt sich nicht auf Originaldokumente, sondern auf die entsprechenden Ausführungen in der Diplomarbeit von Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 38 ff.

108 PM 1-Kartei war die Kopie von einem Antrag auf Ausstellung eines Personalausweises in der Zentralen Meldekartei der Polizei. Vgl. ebenda, Bl. 41.

nach dem Motto vor: tagsüber beschaffen, zur nächtlichen Stunde kopieren und morgens wieder zurückbringen. Der so geschaffene Arbeitsbereich wurde ausgebaut und mit der Gruppe Schriftenfahndung verbunden. Ende der sechziger Jahre war er im Referat 4 angesiedelt. Die Aufklärung der Absenderangaben war in Verbindung mit dem Schriftenvergleich nunmehr umgehend lösbar. Zudem konnte die Informationsdichte gegenüber den auftraggebenden oder interessierten operativen Diensteinheiten des MfS erhöht werden, da die PM 1 nicht nur die Grunddaten zu einer Person enthielt, sondern auch weitergehende Angaben, beispielsweise Daten zu Familienangehörigen. Damit erbrachte die Kartei nicht zuletzt auch Aufschlüsse über nicht genehmigte Westkontakte von Mitarbeitern des Staatsapparates.[109] Die Überprüfungen auf der Basis des Schriftenvergleichs waren äußerst aufwändig. Pro Mitarbeiter wurden im Fahndungsreferat »Abgang« der Abteilung M in einer Schicht im Durchschnitt zwischen 4 000 und 6 000 Sendungen nach äußeren Merkmalen befahndet und im Referat »Innere Auswertung« ca. 800 Sendungen nach inneren Merkmalen eingeschätzt.[110]

Die Vergleichskartei wurde dort platziert, wo die meiste Post eingangs- und abgangsmäßig durchlief – und das war der Kontrollpunkt »Anton« am Berliner Nordbahnhof.[111]

Die OibE-Gruppe stellte insofern ein Novum dar, als sie direkt in die Briefkastenentleerung eingriff. Im Herbst 1960 übernahm das Postfuhramt die zentrale Briefkastenleerung in der Ostberliner Innenstadt.[112] Der direkte Zugriff auf eine solche Postentleerung durch das MfS erfolgte seit Bildung der OibE-Gruppe im Oktober 1968, die in den Bereichen der zentralen Briefkastenleerung des Postfuhramtes »eingebaut« wurde.[113] Die Gruppe nannte sich »Adler« und startete mit fünf Offizieren. Sie galten offiziell als Angestellte der Deutschen Post und mussten darauf entsprechend vorbereitet werden, indem sie und auch ihre Familienangehörigen mit Legenden ausgestattet wurden.[114] Ihr Einsatz und ihre Legendierung waren mit dem Leiter der Abteilung Post- und Zeitungswesen der Bezirksdirektion der Deutschen Post Berlin abgestimmt.[115] Diese konspirative Zusammenarbeit mit der Deutschen Post wurde anfangs von dem Stellvertreter des Leiters der Abteilung M und später von einer eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe Post organisiert und koordiniert. Damit diese OibE möglichst unauffällig arbeiten konnten, wurden ihnen Dienstbekleidung, Dienstausweise, Fahrzeuge und gesonderte Räume der Deutschen Post zur Verfügung gestellt. An der Personenschleuse zu ihren Arbeitsräumen legten sie dann keinen Post-, sondern ihren MfS-Ausweis vor. Strenge Ausweiskontrollen stellten sicher, dass kein Postangestellter oder MfS-Mitarbeiter einer anderen Diensteinheit diese Räume betreten konnte.[116]

Die Einstellung der OibE erfolgte als »Kraftfahrer und Kastenleerer«. Ihre Aufgabe bestand darin, in bestimmten »Leerungsbereichen« Ostberlins, die für die Diensteinheiten des MfS einen Schwerpunkt besaßen, »selbstständige Sonderkasten-

---

109 Ebenda, Bl. 42.

110 Jatzlau, Wolfgang: Untersuchung der historischen Entwicklung der Abteilung M in den siebziger Jahren, Diplomarbeit an der JHS Potsdam, 3.3.1989; BStU, MfS, M 396, Bl. 18.

111 Ebenda, Bl. 43.

112 Vgl. Steinwasser, Fritz: Berliner Post. Ereignisse und Denkwürdigkeiten seit 1237. Berlin (Ost) 1988, S. 542.

113 Vgl. Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), S. 44.

114 Ebenda, Bl. 45.

115 Schreiben Abteilung M/Leiter: Vorschlag als Offizier im besonderen Einsatz/Abwehr v. 29.8.1980; BStU, MfS, HA KuSch, KS 23514/90, Bl. 329 f.

116 Ordnung Nr. M/3/84 für das konspirative Objekt A der Abteilung M des MfS Berlin; BStU, MfS, AIM 17723/89, Bl. 18.

leerungen« (SKL) durchzuführen.[117] Damit verbesserten sich die Möglichkeiten, den Einwurfort zu lokalisieren, die Zeit des Einwurfes genauer zu bestimmen und Hersteller bzw. Absender etwa von »Hetzschriften« schneller zu enttarnen. Dazu gehörte beispielsweise auch eine Sonderentleerung, sobald festgestellt werden konnte, dass Briefeinwürfe von chinesischen, albanischen und rumänischen Botschaftsangehörigen erfolgten. Die OibE-Gruppen kamen sowohl in Ostberlin als auch in den Bezirken der DDR zum Zuge. Sonderkastenleerungen fanden auch im Auftrage anderer Diensteinheiten und im Zusammenhang mit der Sicherung von Großveranstaltungen statt. Letztere dienten vor allem der vorbeugenden Verhinderung möglicher terroristischer Anschläge.[118]

4.3.2 Struktur

Die Struktur der Abteilung M passte sich den veränderten Aufgaben durch eine fortschreitende Spezialisierung an. Dazu wurden 1966 die bisherigen Referate 1, 2, 3 und 4 aufgelöst und veränderte bzw. neue Arbeitsbereiche bzw. Referate festgelegt. Insgesamt stieg die Anzahl der Referate bis 1970 von fünf auf acht.

Die Referate 1 und 3 waren für die Auftragsfahndung ein- und ausgehender Post für andere Diensteinheiten des MfS im internationalen Postverkehr zuständig. Das Referat 2 fahndete nach nachrichtendienstlichen Sendungen in eigener Sache. Neu war die dem Referat 4 übertragene Aufgabe. Es hatte den Schriftenvergleich von Absendern mit der Vergleichskartei zu überprüfen. Das Referat 5 entsprach der Operativgruppe. Seine Mitarbeiter übernahmen Ermittlungen und sicherten das Objekt »Deutsche Post« ab. Das Referat 6 öffnete die verdächtigen internationalen Sendungen und wertete sie vor dem Wiederverschluss aus. Dem Referat 7 oblag die innere Auswertung verdächtiger Sendungen des Referates 1 (internationaler Postverkehr/Eingang) sowie die Auswertung der Post im nationalen Postverkehr, die das Referat 8 den Briefkästen direkt entnahm. Das ehemalige Referat 1 (Information) wurde zur Auswertungs- und Informationsgruppe ausgebaut.

Die Telegrammkontrolle erfolgte unverändert in der Rohrpostabteilung des Haupttelegrafenamtes (Objekt »Berta«). Hier kam es im Jahre 1968 zu einer Modernisierung der Arbeitsweise. Es wurden Fernschreiber, die als Parallelschreiber wirkten, installiert und mit allen Fernschreibleitungen der Deutschen Post verbunden. Damit konnten alle in Ostberlin aufgegebenen und angekommenen Telegramme lückenlos auf Blattschreiberrollen mitgeschrieben und kontrolliert werden.

[117] Vgl. Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 45 f.
[118] Ebenda, Bl. 45.

Abteilung M Ende der sechziger Jahre[119]

Leiter OSL Rudi Strobel	Stellvertreter des Leiters Internationale Beziehungen	Hauptamtlicher Parteisekretär (ab 1968)
AIG Hohenschönhausen (Freienwalderstraße) 10 Mitarbeiter	Referat 2 Fahndung nach nachrichtendienstlichen Sendungen im internationalen Postverkehr Abgang 11 Mitarbeiter	Referat 3 Auftragsfahndung im internationalen Postverkehr Abgang 12 Mitarbeiter
Referat 1 (Objekt A) Auftragsfahndung im internationalen Briefverkehr 16 Mitarbeiter	Referat 4 Überprüfung von Absendern mit der Vergleichskartei, Schriftvergleich mit der PM/1-Kartei 19 Mitarbeiter	Referat 5 Operativgruppe (Freienwalderstraße) Ermittlungsaufträge, Absicherung der Deutschen Post 20 Mitarbeiter
Referat 6 Öffnen, Auswertung und Schließen verdächtiger Sendungen aus den Ref. 2 u. 3 16 Mitarbeiter	Referat 7 Auswertung verdächtiger Sendungen der Ref. 1 und 8 7 Mitarbeiter	Referat 8 Bearbeitung der Sendungen nach der Kastenleerung in Berlin 17 Mitarbeiter
	Objekt B (HTA Berlin) Telegrammkontrolle 3 Mitarbeiter	

4.3.3 Mitarbeiter

Der Leiter der Abteilung M, Rudi Strobel, wurde am 24. November 1928 im sächsischen Altenhain geboren. Dort besuchte er von 1935 bis 1943 die Volksschule. Anschließend nahm er eine Kaufmannslehre und gleichzeitig eine Ausbildung an der Berufs- und Handelsschule in Chemnitz auf. Nach dem Krieg war er bis 1947 in verschiedenen Betrieben als Arbeiter beschäftigt. Ein Besuch der Kreisparteischule ermöglichte ihm 1948, im Kreisvorstand der FDJ tätig zu werden. 1948 wechselte er zur Volkspolizei über. Ab 1951 gehörte er dem MfS an, wo er zunächst im Bereich Versorgung in Potsdam eingesetzt war. Nach einem einjährigen Lehrgang an der Juristischen Hochschule in Potsdam-Eiche wurde er in die HA II/5 versetzt. Dort fungierte er ab 1956 als Referats- und später als Abteilungsleiter.[120] 1962 stieg er zum Leiter der Operativgruppe Moskau auf.[121] Als er am 1. Oktober 1965 die Leitung der Abteilung M übernahm, stand er im Rang eines Majors. Er leitete die Abteilung M bis zum Dezember 1989.[122] Bis dahin stieg er bis zum Generalmajor auf.

Der Aufgabenzuwachs der Abteilung M spiegelte sich in der Zahl der Mitarbeiter wider. In der Berliner Zentrale erhöhte sie sich von 120 im Jahre 1965 auf 146 im Jahre 1970.[123] Der Anstieg setzte im Jahre 1968 durch die Bildung einer OibE-Gruppe ein, wurde weitergeführt durch die Installation von Parallelschreibern bei der

---

119 Struktur nach Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 46 ff. Genauere Angaben über die Führungskräfte zum damaligen Zeitpunkt sind nicht bekannt.

120 Beurteilung des Genossen Leutnant Strobel v. 1.10.1959; BStU, MfS, KS 19949/90, Bl. 73.

121 HA Kader und Schulung, AG Führungskader: Kurzbiographie v. 10.10.1988; BStU, MfS, KS 19949/90, Bl. 203.

122 Befehl Nr. K 4896/89 des Leiters des AfNS v. 6.12.1989, S. 1–3; BStU, MfS, DSt 103651.

123 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 26), Anhang.

Telegrammkontrolle und stetig verstärkt durch die zunehmenden Postkontrollen, die der »Prager Frühling« und seine gewaltsame Unterdrückung auslöste.[124]

Der Anteil der Frauen sank von 55 Prozent im Jahre 1965 auf 37 Prozent im Jahre 1970.

Die durch die »operative Vergleichskartei« geschaffene Möglichkeit, die Schriftenfahndung auszuweiten, bewirkte, dass die Mitarbeiter der Abteilung M verstärkt in diese Richtung qualifiziert wurden. Dazu organisierte die Abteilung M eigene Schriftenfahndungslehrgänge. Infolge dieser Schulungen konnten in allen Referaten der Fahndung und Auswertung Schriftenfahndungen durchgeführt werden, was die Effektivität der operativen Maßnahmen steigerte. Über den Stand der Qualifikation der Mitarbeiter der Abteilung M in der Zeitphase 1965 bis 1970 gibt es widersprüchliche Aussagen. Einerseits wird davon gesprochen, dass der Abteilung seit 1968 verstärkt Hochschulabsolventen zugeführt worden seien[125] und sich besonders junge Mitarbeiter an Volkshochschulen sowie in Kursen und Lehrgängen innerhalb des MfS weiterqualifiziert haben. Auf der anderen Seite weist eine Arbeit der JHS darauf hin, dass im Jahre 1969 noch kein Mitarbeiter der Abteilung M über einen Hochschulabschluss verfügte. Erst im September desselben Jahres sei der erste Mitarbeiter zum Hochschulstudium an die JHS des MfS delegiert worden.[126]

4.4 Entwicklung der Abteilung M von 1970 bis zum Herbst 1983

4.4.1 Aufgaben

Anfang der siebziger Jahre stiegen die Anforderungen an die Abteilung M sprunghaft an. Die neue Situation, in der sich die Abteilung M befand, wurde durch die veränderte internationale und deutsch-deutsche Lage, die durch die Entspannungspolitik gekennzeichnet war, beeinflusst. Dazu zählten die Ostverträge, die diplomatische Anerkennung der DDR und die KSZE-Beschlüsse.

Die SED und das MfS im Besonderen standen dieser Entwicklung misstrauisch gegenüber. Das zeigte sich bereits bei der ersten Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willy Stoph, im März 1970 in Erfurt und im Mai 1970 in Kassel. Die Staatssicherheit gab den zwei Ereignissen nicht etwa die Tarnbezeichnung »Entspannung I« und »Entspannung II«, sondern »Konfrontation« und »Konfrontation II«.[127] In diesem Kontext bestand die Hauptaufgabe des MfS darin, Informationen zu sammeln, die der SED-Delegation hilfreich sein sollten. Zudem galt es, die Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung, die anlässlich der zwei Treffen geäußert wurden, aufzufangen. Unmittelbar wirkten sich die Treffen auf die Postkontrolle durch das MfS insofern aus, als eine Übereinkunft zwischen den beiden deutschen Staaten getroffen wurde,[128] künftig

---

124 Hierzu Eisenfeld, Bernd: Hoffnung, Widerstand, Resignation. Die Auswirkungen des »Prager Frühlings« und seiner Zerstörung in der DDR. In: Deutschland Archiv 36(2003)5, S. 789–804, hier 800.

125 Vgl. Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 51.

126 Vgl. Jatzlau: Untersuchung der historischen Entwicklung der Abteilung M (Anm. 110), Bl. 46.

127 Befehl Nr. 12/70 des Ministers v. 13.3.1970 »Konfrontation«, S. 2, und Befehl Nr. 17/70 des Ministers v. 11.5.1970 »Konfrontation II«, S. 1; BStU, MfS, DSt. 100614.

128 Vgl. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung (Hg.): Protokoll über Verhandlungen zwischen einer Delegation des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland und einer Delegation des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. September 1971. In: Vereinbarungen zum Post- und Fernmeldewesen. Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachung und Erklärungen. Bonn 1989, S. 204–206; vgl. auch Jatzlau: Untersuchung der historischen Entwicklung der Abteilung M (Anm. 110), Bl. 30.

wechselseitig den postalischen Versand von Agitationsmaterial einzustellen. In der Tat konnte der SED-Staat mit der weiteren Entwicklung zufrieden sein. Die Abteilung M des MfS verzeichnete im Vergleich von 1970 zu 1975 bei den so genannten Hetzsendungen von West nach Ost einen Rückgang von 380 000 auf nur noch 15 000.[129] Im Zuge der diplomatischen Anerkennung der DDR und der damit verbundenen Akkreditierung von Vertretern zahlreicher Staaten in Ostberlin kamen weitere Aufgaben auf die Abteilung M zu. Zum einen galt es, mögliche terroristische Anschläge etwa in Form von Briefbomben abzuwehren. Zum anderen sollten die Gefahren begrenzt werden, die sich aus zunehmenden Kontakten von DDR-Bürgern zu Vertretern dieser Einrichtungen ergaben. So war die Post auch unter dem Gesichtspunkt zu kontrollieren, inwieweit sie beispielsweise Schlüsse auf Fluchtvorhaben unter Ausnutzung des diplomatischen Status zulassen.[130]
1973 wurde auf Weisung des Ministers für Post- und Fernmeldewesen das Hauptpostamt 8 beauftragt, eine Abteilung einzurichten, die die postalische Versorgung der Botschaften und diplomatischen Vertretungen übernehmen sollte – die Kurierstelle für Ausländische Vertretungen (KAV). In einer entsprechenden Verfügung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vom 7. Januar 1975 wurde festgelegt, dass für die postalische Versorgung der diplomatischen Vertretungen und akkreditierten Korrespondenten ausschließlich die KAV zuständig sei (die KAV wurde im MfS als KfB – Kurierstelle für Botschaftspost – geführt). Um die Teil- oder Spezialaufgaben, die ihr in den Befehlen Nr. 16/74[131] und 17/74[132] gestellt worden waren, erfüllen zu können, setzte die Abteilung M mehrere OibE in der KfB ein. Die Präsenz dieser Offiziere in diesem Bereich war für das MfS deshalb so wichtig, weil sie eine entscheidende Gelegenheit bot, die Botschaften und diplomatischen Vertretungen unter Kontrolle zu halten.[133] Die ersten vier OibE nahmen 1976 ihre Tätigkeit in der KfB auf. 1978 kamen weitere von der Diensteinheit Postzollfahndung (PZF) des MfS hinzu.[134] Da der Postverkehr und die Empfängerzahl stark zunahmen, wurden weitere OibE herangezogen, gleichzeitig aber auch, um die Konspiration nicht zu gefährden, »zivile« Postangestellte unter verschiedenen Vorwänden abgeschoben. Die OibE der KfB hatten neben der Postzustellung noch etliche andere Tätigkeiten zu leisten, so zum Beispiel Beobachtungen zu Personenbewegungen, personellen, strukturellen und baulichen Veränderungen, Sicherheitsvorkehrungen, dem Tagesregime in den Botschaften und sogar zu Charaktereigenschaften akkreditierter Personen.

Der Zunahme der deutsch-deutschen Kontakte versuchte das MfS insofern entgegenzuwirken, als Mielke 1972 ausdrücklich

> »die Verstärkung und Qualifizierung der Fahndung nach Postsendungen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie zur Feindtätigkeit, insbesondere zu nachrichtendienstlichen Zwecken und zur PiD benutzt werden, unter schwerpunktmäßiger Beachtung der Postbriefkästen und Postämter an den Transitstrecken und an den Verkehrsknotenpunkten sowie entsprechenden Möglichkeiten der DDR-inneren Postsendungen, vor allem aus der Hauptstadt der DDR in die Bezirke der DDR«,

---

129 Ebenda, Bl. 31.

130 Schreiben des Leiters der Abteilung M Strobel an die HA Kader und Schulung v. 30.1.1974; BStU, MfS, M 497, Bl. 1–4.

131 Befehl Nr. 16/74 v. 12.8.1974 über politisch-operative Sicherung der Vertretungen anderer Staaten, internationaler zwischenstaatlicher Organisationen und bevorrechteter Personen in der DDR; BStU, MfS, DSt 001919.

132 Befehl Nr. 17/74 v. 12.8.1974 zur politisch-operativen Sicherung der in der Deutschen Demokratischen Republik akkreditierten Publikationsorgane anderer Staaten, deren ständigen Korrespondenten sowie von Reisekorrespondenten aus anderen Staaten; BStU, MfS, DSt 100802.

133 BStU, MfS, AIM 17748/89, Bl. 11.

134 Vgl. Jatzlau: Untersuchung der historischen Entwicklung der Abteilung M (Anm. 110), Bl. 27.

befahl.[135] Zudem verschafften diese Kontakte der Flucht- und Ausreisebewegung wieder einen verstärkten Auftrieb,[136] was eine verschärfte Kontrolle von Postsendungen nach sich zog.

Nach alledem stellte sich die Frage nach einer höheren Effizienz der Postkontrolle. Noch Anfang der siebziger Jahre wurden Briefe manuell geöffnet und geschlossen. Um umfangreicheres Schriftgut, das bis dahin vornehmlich nach äußeren Merkmalen »abgeklopft« wurde, schneller und zielgerichteter ausfindig zu machen, setzte die Postkontrolle nunmehr ein Durchleuchtungs- und Aussonderungsgerät ein, das als »PiD-Falle« charakterisiert wurde. Bei diesem Gerät handelte es sich um eine elektronisch gesteuerte Vorrichtung, die sämtliche gedruckte »Hetzmaterialien«, Zeitungsausschnitte, Kirchen- und Heimatbriefe, Angebote, Prospekte und alle gedruckten Träger der »PiD« aussonderte. Die »Kampflosung« der Stasi lautete: »Auf postalischem Weg erreichen keinerlei feindliche Hetzmaterialien Bürger unseres Landes«.[137] Diese »PiD-Falle« sollte nach dem Muster der Abteilung M der Bezirksverwaltung Rostock bis zum 15. Mai 1971 auch in der Abteilung M der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt installiert werden.[138]

Im Jahre 1975 kam der in Zusammenarbeit mit dem operativ-technischen Sektor entwickelte Öffnungsautomat 10/10 zum Einsatz. Mithilfe dieser Maschine stieg ihre Arbeitsleistung in Verbindung mit verbesserten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter durch den Einbau einer Luftentfeuchtungsanlage erheblich. Später wurde auf die Technik des »Kaltdampföffnens« übergegangen. Diese Methode hatte gegenüber dem Öffnen mit heißem Dampf den Vorteil, dass sie fast keine Spuren am Briefumschlag hinterließ.[139] Die Technik des Schließens nahm eine ähnliche Entwicklung. Ab 1981 gab es Schließautomaten; damit ließ sich die Arbeitsleistung pro Schicht von 400 auf 1 000 Schließungen von Briefen steigern.

4.4.2 Struktur

Die neuen Anforderungen an die Postkontrolle führten zu gravierenden strukturellen Veränderungen. Gegenüber 1969/70 verfügte die Abteilung 1974 neben der Auswertungs- und Informationsgruppe, der Operativgruppe und der Arbeitsgruppe Post (AGP) über zehn Fachreferate.[140] Hinzu kamen das Referat »Wartung technischer Geräte«, der Arbeitsbereich »Rückwärtige Dienste« und der Beauftragte des Leiters. Die Aufgaben, die Mehrbach wahrgenommen hatte, beispielsweise die Pflege und Entwicklung der offiziellen und inoffiziellen Zusammenarbeit mit leitenden Mitarbeitern der Post, wurden von der Arbeitsgruppe Post übernommen.[141] Sieben Referate behielten ihre Aufgabenstellung, wie sie für die Endphase bereits beschrieben wurde. Die übrigen drei, die in der Struktur von 1989 als selbstständige Referate nicht mehr vorkommen, betrafen die Telegrammkontrolle, die Vergleichskartei und die fremdsprachige Post.

---

[135] Befehl Nr. 5/72 des Ministers v. 9.3.1972 zum zeitweiligen Inkraftsetzen der künftigen Verträge von Moskau und Warschau, des Vierseitigen Abkommens über Westberlin sowie des Abkommens zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD über den Transitverkehr und zur Erleichterung und Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs, S. 35; BStU, MfS, DSt 100724.

[136] Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch, Teil III/17). Hg. BStU. Berlin 1995.

[137] BV Karl-Marx-Stadt, Abt. M, an den Leiter der BV, Oberst Gehlert, v. 15.4.1971; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 3596, Bd. 2, Bl. 215.

[138] Ebenda.

[139] Operativ-technische Forderung der Abteilung M v. 3.7.1981; BStU, MfS, M 394, Bl. 126–129.

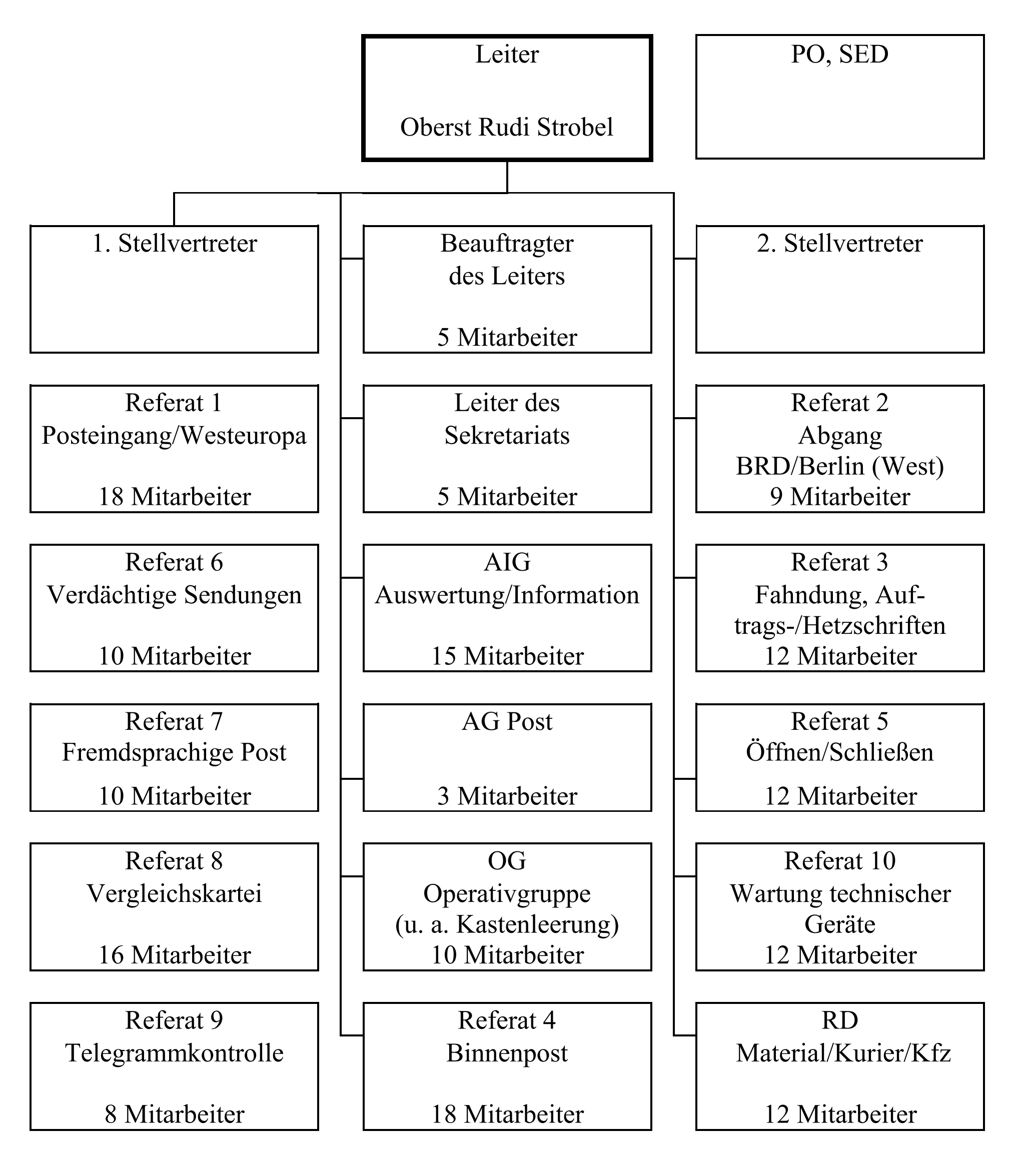
[140] Struktur und Stellenplan der Abteilung M v. 5.4.1974; BStU, MfS, M 497, Bl. 7–21.

[141] Das genaue Datum der Bildung dieser Arbeitsgruppe ist nicht bekannt.

Im Jahre 1980 wurden die Referate zu Abteilungen aufgewertet. Bis 1983 blieb diese Struktur konstant.[142]

Weitere Struktureinheiten der Abteilung M in den siebziger Jahren waren in der Freienwalder Straße, in Berlin-Hohenschönhausen, untergebracht. Hier arbeitete neben einer Operativgruppe, bestehend aus drei Mitarbeitern, eine Auswertungs- und Informationsgruppe von sieben Mitarbeitern, die unmittelbar dem Leiter der Abteilung M unterstand.[143]

Struktur der Abteilung M im Jahre 1974[144]



4.4.3 Mitarbeiter

Die Aufgaben- und Strukturerweiterung der Abteilung M führte zu einem expansiven Zuwachs bei den Mitarbeitern der Abteilung M in Berlin. Ihre Anzahl stieg von 146 im Jahre 1970 auf 303 im Jahre 1983,[145] hatte sich also mehr als verdoppelt. Nach einem Zwischenstand von 173 Mitarbeitern im Jahre 1976 waren es im Jahre 1980 246, was einen Zuwachs von rund 50 Prozent bedeutet.

---

142 Vgl. Jatzlau: Untersuchung der historischen Entwicklung der Abteilung M (Anm. 110), Bl. 45.

143 Vgl. Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 22 f.

144 Struktur der Abteilung M im Jahre 1974, o. D.; BStU, MfS, M 496, Bl. 5.

145 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 26), Anhang.

Wie schon in den vorangegangenen Zeitphasen ging der Anteil der Frauen weiter zurück. Er sank von 37 auf nur noch 17 Prozent und lag damit knapp über dem Gesamtdurchschnitt des MfS (16 Prozent).[146]

Der Personalzuwachs der Abteilung M ging vor allem auf die gewachsenen Aufgaben zurück, die sich aus der Aufnahme des pass- und visafreien Reiseverkehrs mit Polen und der ČSSR sowie aus den zunehmenden Postverbindungen zwischen Ost- und Westdeutschen als Folge der Vertragspolitik mit der Bundesrepublik und dem Senat von Westberlin ergaben. Damit einher ging die weitere Qualifizierung der Mitarbeiter. Für die Auswertung fremdsprachiger Post wurden gute Fremdsprachenkenntnisse benötigt. Diese erwarben die in den Kurierstellen für Botschaftspost eingesetzten Mitarbeiter der Abteilung M in Abendschulkursen. Bis Mitte der siebziger Jahre wurden Sendungen in russischer, englischer, französischer und tschechischer Sprache ausgewertet, später auch in weiteren Sprachen. Die zunehmende Anwendung von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik stellte auch neue Herausforderungen an die Leitungstätigkeit. Manch ältere Mitarbeiter fühlten sich dabei überfordert, sodass es neben den laufenden Qualifizierungen und Neueinstellungen auch zu Versetzungen in andere Bereiche des MfS kam.

Um die Effizienz der Abteilung M bei der Fahndung nach geheimdienstlichen Sendungen zu verbessern, erarbeitete die Hauptabteilung II 1973 ein entsprechendes Material,[147] welches die Grundlage für eine umfangreiche Schulungstätigkeit auch für die Mitarbeiter aller Abteilungen M in den Bezirksverwaltungen bildete.

Besaß von den Mitarbeitern der Abteilung M in Berlin im Jahre 1969 nur einer einen Hochschulabschluss, so verfügten 1978 von den Referatsleitern und ihren Stellvertretern bereits 24 über einen Hoch- und neun über einen Fachschulabschluss.[148]

4.5 Entwicklung der Abteilung M vom Herbst 1983 bis 1988

4.5.1 Aufgaben

Der durch die DDR zu verantwortende Verlust von Sendungen im innerdeutschen Postverkehr führte immer wieder zu öffentlicher Kritik im Deutschen Bundestag und in den Medien – gleichwohl hatte dies lange Zeit keine größeren Auswirkungen auf die Postkontrolle durch das MfS. Das änderte sich mit dem Abschluss der Vereinbarung über die Neufestlegung der Postpauschale im November 1983,[149] die eine erhebliche Verkürzung der Laufzeit für die Übergabe und die Aushändigung an die jeweilige Bestimmungsverwaltung von Briefen (auf zwei Tage) und Paketen (auf drei Tage) verlangte.[150] Des Weiteren sollten der Verlust von Postsendungen minimiert[151] und zusätzliche Fernsprechleitungen geschaltet werden. Die Deutsche Bundespost und die Deutsche Post der DDR sicherten sich in den Vereinbarungen zu, »[...] dass der Missbrauch des Post- und Fernmeldeverkehrs über die Übermittlung von Nachrichten und Gegenständen, die die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften des jeweils anderen Staates verletzen, verhindert wird und nur solche Postsendungen übergeben

146 Vgl. ebenda.

147 Jatzlau: Untersuchung der historischen Entwicklung der Abteilung M (Anm. 110), Bl. 17.

148 Ebenda, Bl. 46.

149 Vgl. »Briefwechsel und Erklärung über Vereinbarungen zur Neufestsetzung der Pauschale für die Mehrleistungen der DDR im gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehr und über Maßnahmen zur Verbesserung dieses Verkehrs« v. 15.11.1983. In: Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1989, S. 231–235.

150 Ebenda.

151 Ebenda, S. 233.

werden, die ordnungsgemäß verpackt und deklariert sind, sodass eine einwandfreie Beförderung und Auslieferung an den Empfänger möglich ist«.[152] Diese Vereinbarungen blieben nicht ohne Konsequenzen für die Abteilung M. Mielke verlangte die konsequente Erfüllung und Einhaltung der einzelnen Bestimmungen.[153] Die Bearbeitungszeit wurde auf maximal 12 Stunden festgelegt. Der erste Mann der Staatssicherheit veranlasste aus diesem Grunde nicht nur die personelle Aufstockung und Umschichtung der Mitarbeiter sowie den Übergang mehrerer Abteilungen der Postkontrolle in den Mehrschichtdienst, sondern auch eine neue Regelung für das »Einbehalten« von Postsendungen. Einbehalten werden sollten nur noch solche Sendungen, die angeblich zur Sicherung von Beweismitteln im Sinne der Strafprozessordnung der DDR nötig waren. Auf diese Weise sollte der Schein der Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden. In Wirklichkeit ging es dem MfS darum, auch weiterhin Spielräume für seine Postkontrolle zu sichern.

Ende des Jahres 1983 kam es in der Abteilung M zu weitreichenden organisatorischen Veränderungen. Aufgrund des Befehls Nr. 20/83 zur »Erhöhung der Effizienz und Qualifikation der Leitung«[154] wurden die Abteilungen Postzollfahndung (PZF) und die Abteilung M zusammengelegt. Die Aufgaben der im August 1962 aufgebauten Abteilung PZF unterschieden sich kaum von denen der Abteilung M. Lediglich der Kontrollgegenstand war ein anderer. Während die Abteilung M ausschließlich Postkarten und Kurzbriefsendungen bearbeitete, wurden von der Abteilung PZF Grobsendungen, das waren Briefe ab Format A 5, Streifbandsendungen, Päckchen- und Paketsendungen, kontrolliert. Die Abteilung PZF führte auch eine »Sondergenehmigungskartei« über Personen, die berechtigt waren, westliche Druckerzeugnisse zu erhalten.[155] Nach der Zusammenlegung der Abteilungen konzentrierte sich die Arbeit gemäß Befehl Nr. 20/83 und der Dienstanweisung Nr. 3/85[156] auf die schon bei der Abteilung M bekannten Schwerpunkte.[157] Die Dienstanweisung regelte die Arbeitsabläufe in der Briefkontrolle sowie die »Erarbeitung und Zusammenführung von operativ-bedeutsamen Informationen über Einstellungen, Verhaltensweisen, Handlungen und Verbindungen von Personen und Sachverhalten«, die von »Bedeutung für die politisch-operative Arbeit des MfS sein können«.[158]

Im Jahre 1985 wurde eine OibE-Stelle im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen geschaffen. Davon erhoffte sich die Abteilung M neben der Einflussnahme auf »Fragen der Sicherheit im Postwesen« auch die Herstellung direkter Kontakte zum Ministerium des Innern, zur Zollverwaltung, zum Generalstaatsanwalt und zum

---

152 Ebenda.

153 Schreiben des Ministers v. 20.12.1983 über »politisch-operative Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abschluss der Verhandlungen zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen der BRD«; BStU, MfS, BdL, DSt 007690.

154 Befehl Nr. 20/83 v. 20.12.1983 zur Erhöhung der Effektivität und zur Qualifizierung der Führung und Leitung der politisch-operativen Kontrolle und Auswertung von Brief-, Kleingut- und Geldübermittlungssendungen sowie Telegrammen (im folgenden Postsendungen genannt) des internationalen und nationalen Verkehrs der deutschen Post zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung subversiver Pläne, Absichten und Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste und anderer feindlicher Stellen und Kräfte; BStU, MfS, DSt 102944, sowie »Maßnahmen im Zusammenhang mit der Auflösung der Abteilung PZF des MfS und der Dienststellen PZF der BV mit Wirkung vom 1.1.1984 und der Zuführung dieser Kräfte und Mittel zu den Abteilungen M«; BStU, MfS, DSt 008698.

155 Vgl. Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 18.

156 Dienstanweisung Nr. 3/85 des Ministers v. 3.6.1985 »Zur politisch-operativen Kontrolle und Auswertung von Postsendungen durch die Abteilung M«; BStU, MfS, DSt 103175.

157 Bericht zur politisch-ideologischen und moralischen Entwicklung der Diensteinheit und Wirksamkeit der Kaderarbeit 1985 v. 31.12.1985; BStU, MfS, M 976, Bl. 15.

158 Dienstanweisung Nr. 3/85 v. 3.6.1985 (Anm. 156), Bl. 4.

Obersten Gericht.[159] Der OibE wurde als »Sonderbeauftragter für den Auslandspostverkehr« im Bereich der Hauptabteilung Betrieb und Verkehr des Post- und Zeitungswesens geführt. [160]

1986 wurde eine Gruppe von Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeitern für Ermittlungen, die so genannte HIME[161]-Fahndungsgruppe, im Bereich des Pass- und Meldewesens der Berliner Volkspolizei platziert.[162] Sie hatte unmittelbaren Zugang zur Zentralen Meldekartei (ZMK), sodass der bis dahin mühsam betriebene Kopiervorgang dieser Kartei teils umgangen und die Bearbeitungszeiten erheblich verkürzt werden konnten.[163] Zur Tarnung waren die OibE mit einem Dienstbuch des Innenministeriums (MdI) und der Polizei, mit einer Container-Aktentasche und mit einer Berechtigungskarte für die Speicher der Polizei ausgestattet. Ihr Einsatz erfolgte über den Leiter des Referates Pass- und Meldewesen der Zentralen Meldekartei der Polizei.[164]

Mit Befehl Nr. 9/86[165] erhielt die Linie M die Verantwortung für die technische Untersuchung von geheimdienstlich verdächtigen und anderen operativ bedeutsamen Postsendungen. Das Ziel war die Feststellung von Geheimschriften, von Merkmalen gegnerischer operativ-technischer Maßnahmen, von kriminalistisch relevanten Spuren und deren Sicherung. Es ging hier insbesondere um die Identifizierung unbekannter Schrifturheber bzw. Absender. Zuständig für die Forschung in Bezug auf die Entwicklung von Geheimschriftverfahren blieb jedoch die Abteilung 34 des OTS.

4.5.2 Struktur

Nach dem Tod von Beater im Jahre 1982 übernahm Minister Mielke die Zuständigkeit für die Abteilungen M und die PZF.

Gemäß Befehl Nr. 20/83 vom Dezember 1983 wurde die Abteilung M nach der Zusammenlegung mit der Abteilung PZF 1984 umstrukturiert. Diese Struktur blieb bis zur Auflösung der Abteilung M bestehen.[166] Die 1986 gebildete HIME-Fahndungsgruppe wurde in das Referat 1 der Abteilung 6 integriert.[167] Ausgebaut wurde der Leitungsbereich. Einer der Stellvertreter war für die Zollfahndung und ein weiterer für die operative Technik zuständig.

4.5.3 Mitarbeiter

Die Mitarbeiterzahl der Abteilung M stieg von 303 im Jahre 1983 auf 513 im Jahre 1988.[168]

Der größte Zuwachs erfolgte von 1983 zu 1984 als Folge der Übernahme der Abteilung PZF durch die Abteilung M. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich um 146 auf 449.[169] Unter den 146 Mitarbeitern befanden sich vornehmlich OibE, sodass ihre Zahl

---

159 Schreiben des Leiters der Abteilung M v. 11.11.1985; BStU, MfS, KS 28874/90, Bl. 41 ff.
160 Einstellungsvorschlag und Entwurf vom 13.8. (o. J.); BStU, MfS, KS 288874/90, Bl. 44 f.
161 Zur HIM-Kategorie vgl. Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 26), S. 89.
162 BStU, MfS, AIM 5870/86, Bl. 211–217.
163 BStU, MfS, AIM II 17710/89, Bl. 98.
164 BStU, MfS, AIM 17719/89, Bl. 254; BStU, MfS, AIM 17710/89, Bl. 223; BStU, MfS, AIM 17733/89, Bl. 183; BStU, MfS, AIM 17740/89, Bl. 81.
165 Befehl Nr. 9/86 des Ministers v. 5.5.1986 über die technische Untersuchung von Postsendungen durch die Abteilung M des MfS Berlin und die Abteilungen M der Bezirksverwaltungen, S. 1; BStU, MfS, DSt 103285.
166 Vgl. Struktur der Abteilung M im Jahre 1989, Kapitel 3.1, S. 6.
167 Danach lassen sich keine weiteren Umstrukturierungen feststellen.
168 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 26), Anhang.
169 Ebenda.

in der Abteilung M auf 151 anstieg. Kurz nach der Zusammenlegung, und zwar im Februar 1984, verloren die meisten dieser Mitarbeiter ihren Status als OibE. Sie wurden hauptsächlich in der neu gebildeten Abteilung »Kleingutverkehr« eingesetzt sowie auf die anderen Fachabteilungen der Abteilung M verteilt. Laut einem Kaderbericht[170] verfügte die Abteilung M 1985 über einen Struktur- und Stellenplan von 509 Mitarbeitern.[171] Im Januar 1987 lag der Mitarbeiterbestand bei 488, darunter befanden sich noch 36 OibE,[172] deren Zahl sich bis 1988 auf 42 erhöhte.[173] Die Gesamtzahl der Mitarbeiter stieg im Laufe des Jahres auf 511.[174]

Das Durchschnittsalter aller Mitarbeiter lag 1986 bei 36,1[175], 1987 bei 34,5[176] und 1988 bei 35,8 Jahren.[177] Durchgängig machten der Anteil der Mitarbeiter in der Altersgruppe zwischen 21 und 40 Jahren ungefähr zwei Drittel und die Altersstufen zwischen 41 und 60 Jahren etwa ein Drittel aus.[178] In der »Gruppe« über 60 Jahre war nur ein Mitarbeiter in der AKG beschäftigt.[179]

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Mitarbeiter betrug in den Jahren 1986 bis 1988 rund 13 Prozent.[180] Damit lag er etwa 3 Prozent unter dem Durchschnitt des Frauenanteils beim MfS gesamt.[181]

Gegenüber den vorangegangenen Zeitphasen hatte sich die Qualifikationsstruktur der Abteilung M seit Mitte der achtziger Jahre wesentlich verbessert. Lag der Anteil der Hoch- und Fachschulabsolventen im Jahre 1978 noch bei rund 14, so 1988 bei circa 30 Prozent.[182]1988 standen der Abteilung M Mitarbeiter mit folgenden Hochschulabschlüssen zur Verfügung: 32 Diplom-Juristen (JHS), 28 Diplom-Kriminalisten, ein Diplom-Wirtschaftler, fünf Diplom-Ökonomen, zwei Diplom-Lehrer, drei Diplom-Chemiker, sieben Diplom-Ingenieure, zwei Diplom-Staatswissenschaftler, drei Absolventen der Hochschule der NVA, ein Diplom-Physiker, ein Diplom-Sprachmittler und ein Absolvent der Parteihochschule.[183] 74 hatten einen Abschluss an der Juristischen Fachschule des MfS, 21 an anderen Fachschulen.

5 Die Linienarbeit der Abteilung M[184]

Die »Linie M« befand sich von 1950 bis 1982 im Verantwortungsbereich eines Stellvertretenden Ministers. Danach war vorübergehend bis Ende 1983 Mielke persönlich zuständig. Mit der Zusammenlegung der Abteilungen M und PZF wurden diese beiden Abteilungen im Jahre 1984 zu einer neuen Linie zusammengeführt und die Abteilungen M in den Bezirksverwaltungen dem Leiter der Abteilung II unterstellt.

---

170 Bericht zur politisch-ideologischen und moralischen Entwicklung der Diensteinheit und Wirksamkeit der Kaderarbeit 1985 v. 31.12.1985; BStU, MfS, M 976, Bl. 33.

171 Ebenda. Nach Gieseke werden 494 Mitarbeiter für das Jahr 1986 und für das Jahr 1985 lediglich 465 Mitarbeiter ausgewiesen. Diese Differenz erklärt sich durch das Zugrundelegen unterschiedlicher Quellen (Anm. 26), Anhang.

172 Altersstruktur der Abteilung M vom Januar 1987 (o. D.); BStU, MfS, M 198, Bl. 19.

173 Altersstruktur der Abteilung M vom Januar 1988 (o. D.); ebenda, Bl. 18.

174 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 26), Anhang.

175 Altersstruktur der Abteilung M vom April 1986 (o. D.); BStU, MfS, M 198, Bl. 20.

176 Altersstruktur der Abteilung M vom Januar 1987 (o. D.); ebenda, Bl. 19.

177 Altersstruktur der Abteilung M vom Januar 1988 (o. D.); ebenda, Bl. 18.

178 Vgl. Anm. 175 bis 177.

179 Ebenda.

180 Ebenda.

181 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 18), S. 557.

182 Liste der Abteilung M vom November 1988 (o. D.); BStU, MfS, M 690, Bl. 45–47.

183 Ebenda.

184 Zum Linienprinzip vgl. Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit (Anm. 42), S. 234. Vgl. auch Kapitel 4.1, S. 12.

Eine Zäsur in der Linientätigkeit der Abteilung brachte die von der SED im Sommer 1952 durchgesetzte Verwaltungsreform, die die Gliederung der DDR in Länder aufhob und zur Bildung von 14 Bezirken führte.[185] Hiernach wurden die bisherigen Landesvertretungen für Staatssicherheit aufgelöst und neue Bezirksverwaltungen (BVfS) gebildet. Der Postkontrolle des MfS auf »Linie« kam sowohl diese Dezentralisierung als auch die technische Weiterentwicklung entgegen. 1959 erfolgte eine Umstellung der Arbeitsweise »bei der Erkennung von getarnten Schriften mit Geheimtinte«.[186] Das bis dahin angewandte Verfahren hatte durch die »oft zu lange Laufzeit dieser Dokumente von den Bezirken nach Berlin in das MfS«[187] die Konspiration gefährdet. Nunmehr wurden technische Überprüfungsstellen erst in vier, schließlich in zehn BVfS eingerichtet, denen die Kontrollstelle der Abteilung M »alle postalischen Sendungen, die bestimmte, charakterliche Merkmale für Schriften mit Geheimtinte aufweisen«, zuzuleiten hatte.[188] In jeder Bezirksverwaltung wurde auch eine Auswertungsstelle eingerichtet, die alle in den Außenstellen auf Geheimschrift aussortierten Sendungen auswertete. Den Außenstellen oblag es, die geheimschriftverdächtigen Sendungen nach äußeren Merkmalen auszusortieren und zur inhaltlichen Auswertung weiterzuleiten. Der Transport der Materialien erfolgte auf dem Postwege. Nach der Auswertung nahm die Abteilung M die Materialien nicht auf Kerblochkarte, sondern übergab sie zur weiteren Verwendung und Entscheidung den operativen Diensteinheiten. So wurde es in fast allen Abteilungen M der Bezirksverwaltungen gehalten.

Im Herbst 1966 erließ der 1. Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Bruno Beater, eine »Direktive für die Durchführung der Aufgaben der Linie M des MfS«.[189] Charakterisiert wurde die M als eine Diensteinheit, welche durch speziell-technische Mittel die Bekämpfung der Feindtätigkeit gegen die DDR auf dem Gebiet der postalischen Briefverbindungen mit dem Ziel organisiert, »jede Feindtätigkeit aufzuspüren und gefährliche Auswirkungen zu unterbinden«.[190] Neben der Realisierung der durch die operativen Linien gestellten Aufträge führten die Abteilungen M der BV nun auch eigenständige Fahndungen durch. Sie sollten sicherstellen, dass keine verdächtige Sendung ohne Überprüfung des Inhalts in den Postweg gegeben wird. Die Auswertung des Inhalts blieb aber weiterhin der Zentrale in Berlin vorbehalten, was mit der Spezialisierung und Konzentrierung der Kräfte begründet wurde.

Als wesentliches Steuerungsinstrument gegenüber Abteilungen in den BV galten die jährlich von Generalmajor Strobel erlassenen und von Günther Kratsch bestätigten »Jahresarbeitspläne« des Leiters der Abteilung M in der Berliner Zentrale. Zudem hatten die bezirklichen Leiter ihrerseits Anleitungs- und Kontrollaufgaben wahrzunehmen. Spätestens seit 1985 erfüllten sie »Aufgaben zur Wahrnehmung der Federführung gegenüber den Abteilungen M der Bezirksverwaltungen«.[191]

Struktur der Linie M

Die Organisationsstruktur der Abteilung M in den Bezirksverwaltungen entsprach im Wesentlichen der Abteilung M des MfS in der Berliner Zentrale. Für die fünfziger und

---

185 Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR. In: GBl. der DDR 1952, S. 613 f.

186 Vgl. Befehl Nr. 8/59 des Ministers v. 10.1.1959 über die Einrichtung technischer Überprüfungsstellen; BStU, MfS, DSt 100239.

187 Ebenda.

188 Ebenda.

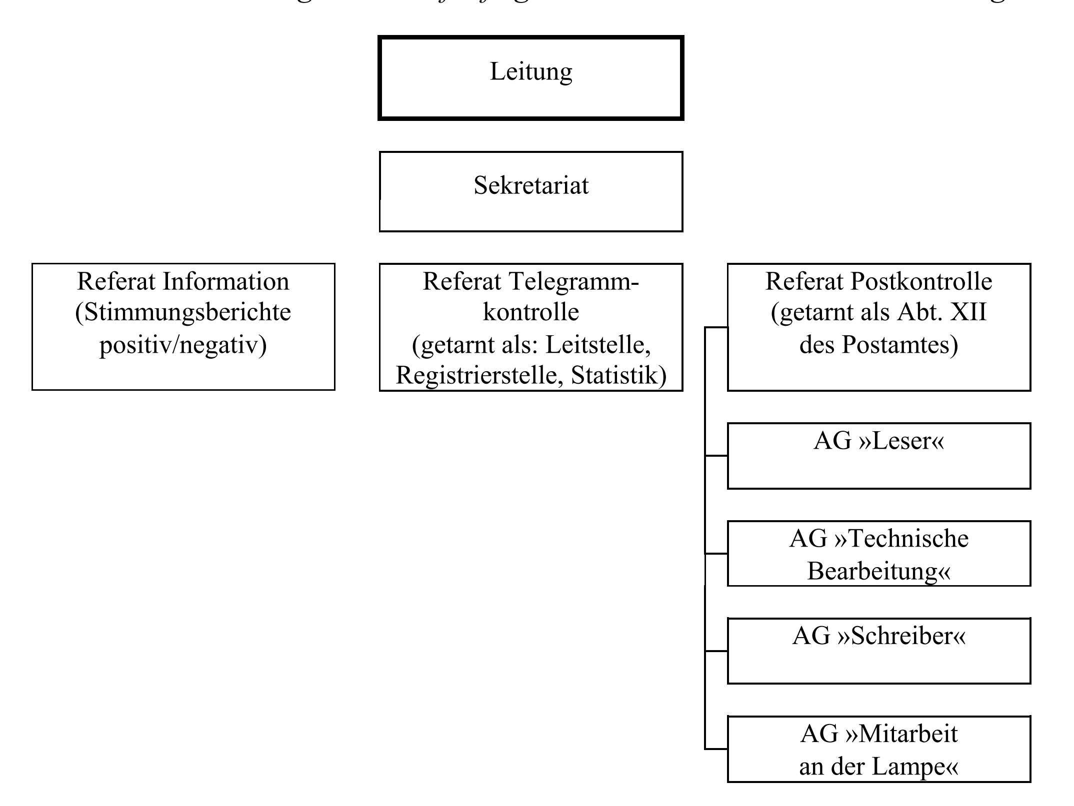
189 1. Stellvertreter des Ministers: Direktive für die Durchführung der Aufgaben der Linie M des Ministeriums für Staatssicherheit v. 1.9.1966, Bl. 1–13; BStU, MfS, DSt 102994, sowie Ergänzung Nr. 1 v. 10.12.1966 (2 S.) und 2. Ergänzung v. 6.7.1967 (4 S.).

190 Ebenda.

191 Vgl. Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7), S. 206.

sechziger Jahre liegen keine speziellen Dokumente vor, die die Struktur einer Abteilung M in der BV des MfS belegen. Allerdings lässt sich aus der bereits mehrfach zitierten Diplomarbeit des MfS-Mitarbeiters Willkommen[192] die nachfolgende Struktur rekonstruieren:

Struktur der Abteilung M in den fünfziger Jahren in einer Bezirksverwaltung

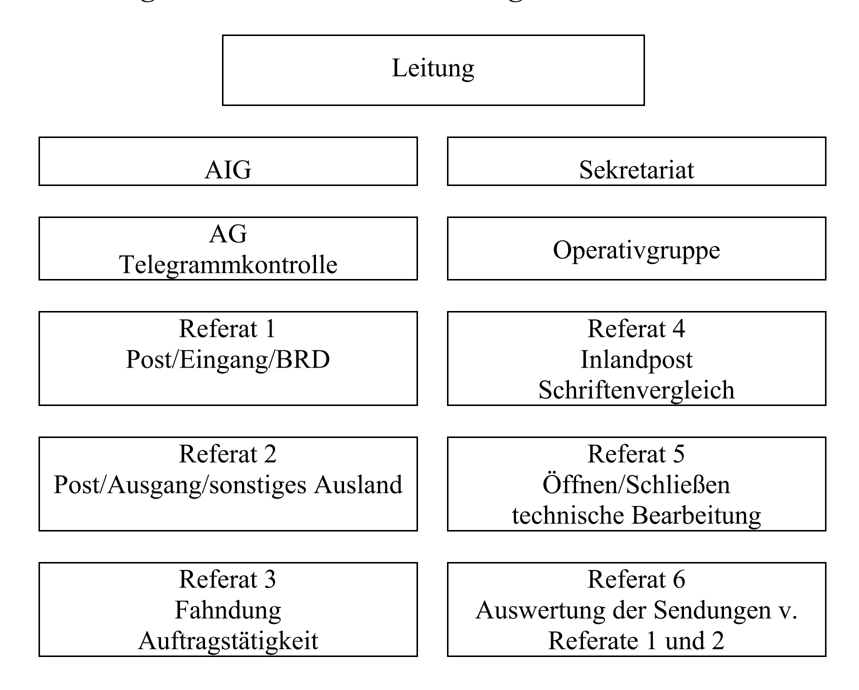


In den siebziger Jahren gibt ein Dokument über die Struktur der Abteilung M in den BV Aufschluss. Hiernach gliederte sich die Abteilung neben der Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG) in eine AG Telegrammkontrolle, eine Operativgruppe und sechs Referate.[193] Im Vergleich zur Struktur der Berliner Zentrale fehlen solche Struktureinheiten wie die für fremdsprachliche Post, Rückwärtige Dienste und die Bearbeitung einer Vergleichskartei.

---

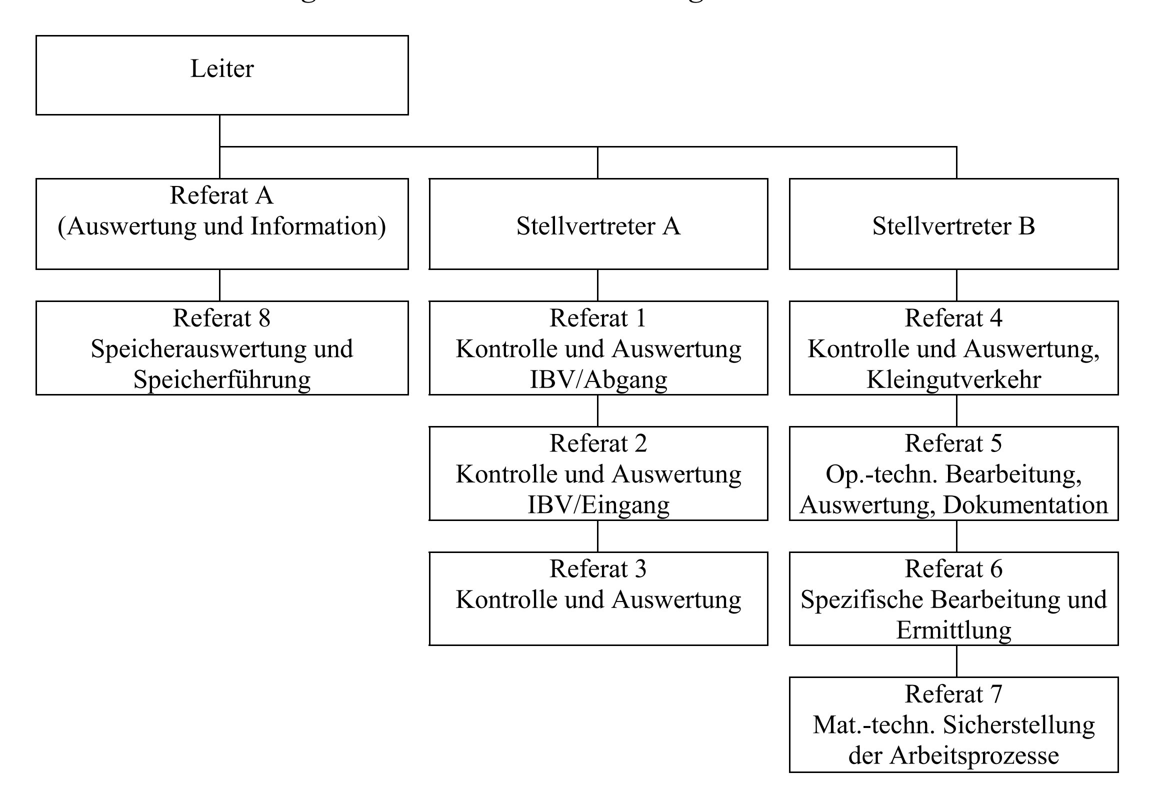
192 Vgl. Willkommen: Die Bildung und Profilierung der Abteilung M (Anm. 50), Bl. 12 ff.
193 Grundstruktur für die Abt. M der BV; BStU, MfS, M 502, S. 1–3.

Abteilung M in den Bezirksverwaltungen 1974



Sieht man davon ab, dass sowohl der nationale als auch der Postverkehr in und nach Ostberlin in der Struktur der Abteilung M einer BV im Jahre 1989 nicht auftaucht, so entsprach sie zu diesem Zeitpunkt mit acht Referaten weitgehend jener der Berliner Zentrale:

Struktur der Abteilung M in einer Bezirksverwaltung 1989[194]



Obwohl der Anteil der Beschäftigten auf der Landes- bzw. Bezirksebene zur Postkontrolle im Vergleich zur Gesamtzahl der Mitarbeiter der Abteilungen M relativ

194 Nach einer Zusammenstellung von Wiedmann, Roland (unveröff. Ms.).

konstant blieb, verweisen die Zuwächse auf eine unterschiedliche Dynamik. Sieht man von einem gleich hohen Anstieg der Mitarbeiterzahl infolge der Übernahme der Postzollfahndung ab, so treten die Unterschiede hauptsächlich im Zeitraum 1953 bis 1983 auf. Wuchs die Zahl der Mitarbeiter der Abteilung M in der Berliner Zentrale zwischen 1953 und 1972 lediglich um 4 Prozent, so die in den Bezirken um 50 Prozent.[195] Die Entwicklung kehrt sich in der Zeit von 1972 bis 1980 um. In dieser Phase wuchs die Zahl der Mitarbeiter in der Zentrale um circa 50 Prozent, während auf der Ebene der BV lediglich ein Zuwachs von 12 Prozent feststellbar ist. Auch die weitere Entwicklung bis 1983 weist für die Zentrale im Vergleich zu den BV noch einen doppelt so hohen Zuwachs wie bei den BV aus. Diese Entwicklung ist sicherlich mit den wachsenden »Aufgaben« der Abteilung M in der Hauptstadt zu begründen.

Ein unterschiedliches Bild hinterlässt der Anteil der Frauen. In den BV lag er, abgesehen vom Jahre 1953, durchgehend höher als in der Berliner Zentrale. Er schwankte zwischen 81 Prozent im Jahre 1953 und 22 Prozent im Jahre 1989. In der Berliner Zentrale lag die Bandbreite zwischen 91 Prozent im Jahre 1953 und rund 14 Prozent im Jahre 1989. Im Jahre 1953 gab es insofern eine Besonderheit, als damals drei Frauen die Abteilungen M leiteten, wenngleich es sich mit Rostock, Neubrandenburg und Frankfurt/O. um relativ kleine Diensteinheiten handelte.[196]

6 Die Abteilung M als Devisenquelle der DDR[197]

Von Anfang an war es Aufgabe der Abteilung M, in Postsendungen enthaltene Zahlungsmittel und andere Wertgegenstände aufzuspüren und zu konfiszieren. Die erste dementsprechende Dienstanweisung geht auf den 30. November 1953 zurück.[198] Einen neuen Maßstab für das Einbehalten von Zahlungsmitteln setzten die »Vorläufigen Festlegungen zur Übergabe von Briefsendungen an operative Diensteinheiten des MfS sowie über den Ausschluss der Weiterbeförderung von Briefsendungen an die Empfänger durch die Abteilungen M« vom 1. Dezember 1983.[199] Hiernach sollten alle im Auslands-Postverkehr abgehenden Sendungen mit Zahlungsmitteln jeder Höhe einbehalten und im Auslands-Postverkehr eingehende Sendungen mit Wertinhalten unter 100 DM hingegen weitergeleitet werden. Für Sendungen mit Zahlungsmitteln, Wertgegenständen und Postwertzeichen im Binnen-Postverkehr war eine Einbehaltung in der Regel – nach Aussage von ehemaligen Mitarbeitern der Abteilung M – nicht vorgesehen.[200] Das änderte sich im Jahre 1984, als der Leiter der Hauptabteilung II, Generalmajor Kratsch, die Leiter der Abteilungen M anwies, alle Zahlungsmittel, Edelmetalle, Schmuck und Postwertzeichen einzubehalten.[201]

Die Konfiszierung von Postgut führten die damit beauftragten Referate der Abteilung M aus. Oberstes Prinzip war eine ständige gegenseitige Kontrolle der Mitarbeiter, um die »private« Aneignung einbehaltener Gegenstände zu verhindern.

---

195 Abgeleitet aus der von Wiedmann erstellten Tabelle »Mitarbeiter der Abteilungen M in den Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit«. In: Wiedmann: Zu jeder Zeit (Anm. 19), S. 89.

196 Vgl. Wiedmann: Zu jeder Zeit (Anm. 19), S. 89, und unveröff. Ms. (Anm. 194).

197 Die Praxis der Devisenbeschaffung durch die Abteilung M wurde ausführlich in der Anklageschrift des Generalbundesanwalts gegen den Leiter der HA II, Kratsch, behandelt. Vgl. Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7).

198 Dienstanweisung Nr. 41/53 des MdI/SfS v. 30.11.1953; BStU, MfS, DSt 100883.

199 »Vorläufige Festlegungen zur Übergabe von Briefsendungen von der Weiterbeförderung an die Empfänger durch die Abteilung M« v. 1.12.1983. Dieses Dokument wird vom Generalbundesanwalt in der Anklageschrift gegen Kratsch zitiert, ist allerdings im Zentralarchiv der BStU nicht auffindbar (Anm. 7), S. 36 der Anmerkungen.

200 Ebenda.

201 Vgl. Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7), S. 209.

Dies geschah auch vor dem Hintergrund von Diebstahlshandlungen der Mitarbeiter der Abteilung M. Da die Verlockung oft stärker als die Tschekisten-Moral war, sah sich das MfS veranlasst, hierzu zahlreiche Kontrollmechanismen festzulegen und einen Katalog von Strafen und Sanktionen zu erarbeiten. So wurden beispielsweise präparierte Briefe unter die Posteingänge gemischt, um die entsprechenden Mitarbeiter auf Ehrlichkeit zu prüfen.[202]

Grundsätzlich mussten die Mitarbeiter in Kitteln ohne Taschen arbeiten und durften keinerlei persönliche Gegenstände bei sich führen. Die Diensträume waren von den Garderoben strikt getrennt und die Mitarbeiter so platziert, dass sie sich gegenseitig an ihren Arbeitsplätzen sahen. Wenn ein Brief mit den eigens dafür vorgesehenen technischen Hilfsmitteln geöffnet worden war, durfte sein Inhalt nur zur Kenntnis genommen werden, wenn sich mindestens noch ein zweiter Mitarbeiter im Raum befand. Wurden Geld oder andere Gegenstände gefunden, war dies laut anzusagen. Wenn kein Interesse an einer weiteren operativen Bearbeitung der Postsendung bestand, musste unverzüglich ein entsprechender Beleg in doppelter Ausfertigung ausgeschrieben werden, der zusammen mit der Sendung und dem Wertinhalt dem jeweiligen Leiter zu übergeben war. Dieser prüfte und veranlasste, dass alles per Kurier an das Referat A/I bzw. die AKG des MfS in Berlin weitergeleitet wurde. Die Weiterleitung des zweiten Entnahmebelegs übernahm ein anderer Kurier.[203]

Die Identität der Postleitzahlen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bedingten auch »Irrläufer« bei Paketsendungen, die zuerst in den Befugnisbereich der Deutschen Post und danach in jenen des MfS gerieten. Dort wurden sie von der Postzollfahndung bzw. der Abteilung M einer operativen Kontrolle unterzogen. Ein Konzept zur vollständigen Erfassung und Auswertung aller anfallenden Irrläufer hat es anfangs nicht gegeben. Sowohl in den sechziger als auch in den siebziger Jahren galt als Grundsatz, fehlgeleitete Sendungen ausschließlich bei »politisch-operativ nutzbarem Inhalt« zu öffnen und auszuwerten.[204] Sendungen, die diese Voraussetzung nicht erfüllten, waren hingegen in unverändertem Zustand wieder dem Postverkehr zuzuführen. Letzteres bezog sich auch auf »operativ interessante Sendungen«, sofern es genügte, deren Inhalt fotografisch zu erfassen.[205] Mitte der siebziger Jahre erteilte der damals für die Postkontrolle zuständige Generalleutnant Beater mündlich den Befehl, nicht nur fehlgeleitete Sendungen mit operativ interessantem Schriftgut einzuziehen, sondern auch solche, die neuwertige Konsumgüter aller Art enthielten. Diese sollten der Ausstattung von Diensteinheiten und einzelnen Mitarbeitern des MfS zugute kommen. Unterlagen über den Umfang der seinerzeit unterschlagenen Sendungen liegen nicht vor.[206]

In der Absicht, auch den Inhalt fehlgeleiteter Postsendungen im Rahmen eines zentralisierten Verfahrens dem Staatshaushalt zuzuführen, wurde 1984 die »Arbeitsgruppe Asservate« bei der Verwaltung Rückwärtige Dienste des MfS gegründet. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe bestand unter anderem in der systematischen Erfassung und Verwertung der Irrläufer. Die einbehaltenen Gegenstände wurden auf der Grundlage von Dienstanweisungen des MfS einer Verwertung zugeführt. So sah zum Beispiel ein Rundschreiben des Leiters der HA II vom 10. Juni 1984 an alle Abteilungen M der Bezirksverwaltungen vor, wie und wohin der Inhalt der einbehaltenen Post abzuführen war:[207]

---

202 BStU, MfS, KS II 52/76, Bl. 115.

203 Vgl. Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7), S. 211.

204 Befehl Nr. 514/63 v. 15.8.1963 zu den Aufgaben der Postzollfahndung; BStU, MfS, DSt 00824.

205 Befehl Nr. 36/74 des Ministers v. 13.12.1974 zur Regelung und weiteren Verbesserung der dezentralisierten operativ-technischen Bearbeitung von postalischen Sendungen; BStU, MfS, DSt 100810.

206 Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7), S. 201.

207 Ebenda, S. 212.

- Zahlungsmittel (außer verschmutzte), Edelmetalle, Schmuck an die Abteilung Finanzen des MfS monatlich jeweils zum 15. des Folgemonats in verplombten Behältern über die zuständige Abteilung Finanzen der Bezirksverwaltung;
- verschmutzte und beschädigte Zahlungsmittel an die Abteilung M des MfS mit einem einheitlichen Vordruck;
- Postwertzeichen an die Abteilung M des MfS;
- andere Waren an die Abteilung M des MfS in verplombten Behältern mit Übergabeprotokoll, soweit durch die zuständige Diensteinheit keine andere Entscheidung getroffen wird und durch den Transport keine Gefährdung für Personen und Sachen entstehen kann.

Nach Durchleuchtung wurden die Sendungen zunächst in noch ungeöffnetem Zustand in vier Gruppen eingeteilt:[208]

- so genannte operativ-interessante Sendungen, vor allem Sendungen von oder an Ministerien, Dienststellen der Streitkräfte oder der Polizei sowie der Justizorgane oder Rechtsanwälte, Patentbüros und andere Firmen und Einrichtungen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Als besonders interessant galten Sendungen, die Tonträger, Videobänder, Zeitschriften, Bücher u. ä. enthielten;[209]
- Sendungen mit verderblichem Inhalt (Lebensmittel) oder äußerlichen Beschädigungen;
- Sendungen mit Gebrauchsgütern aller Art (Textilien, Lederwaren, Haushaltsgeräten, Elektronikartikeln u. ä.);
- Sendungen von oder an Krankenanstalten, Pflegeheime oder ähnliche Einrichtungen.

Die Sendungen der letztgenannten Gruppe führte man nach dieser Vorsortierung ungeöffnet wieder dem Postverkehr zu, während man die operativ uninteressanten Sendungen nach Öffnung zunächst auf nachrichtendienstlich relevante Gegenstände bzw. Informationen untersuchte. Wurde dergleichen gefunden, leitete man sie an die Auswertungs- und Kontrollgruppe der Abteilung M weiter. Diese hatte dann auch über den weiteren Verbleib der Sendung (Rückführung in den Postverkehr oder Verwertung des Inhalts) zu entscheiden. Die übrigen operativ uninteressanten Sendungen wurden geöffnet und nach Vernichtung etwaiger verdorbener Waren an die Arbeitsgruppe Asservate weitergeleitet.[210]

Folgende Verwertungsmöglichkeiten kamen in Betracht:[211]

- Verkauf in der so genannten Verkaufsstelle VD/II oder an MfS-Offiziere. Dies geschah insbesondere bei Lebens- und Genussmitteln sowie bei Gebrauchsgegenständen, die für dienstliche Zwecke des MfS nicht zu nutzen waren. Der Erlös wurde über die Abteilung Finanzen des MfS dem Staatshaushalt zugeführt.
- Andere Güter, wie zum Beispiel Antiquitäten, die nach Einschätzung der Arbeitsgruppe Asservate nicht über die Verkaufsstelle VD/II, sondern im westlichen Ausland zu verkaufen waren, wurden dem Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel überlassen. Dort hatte die Kunst- und Antiquitäten(KuA)-GmbH sie an Geschäftspartner im Ausland zu veräußern, wobei die erlangten Einnahmen über die Abteilung Finanzen des MfS der Staatskasse gutgeschrieben werden sollten. Die Verrechnung der ausländischen Währungen in Mark der DDR erfolgte bei der KuA-GmbH im Verhältnis 1:1.

---

[208] Befragung Brigitte K.; ebenda, S. 219.

[209] Befehl Nr. 36/74 des Ministers v. 13.12.1974 zur Regelung und weiteren Verbesserung der dezentralisierten operativ-technischen Bearbeitung von postalischen Irrläufer-Sendungen; BStU, MfS, DSt 100810.

[210] Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Kratsch (Anm. 7), S. 220.

[211] Ebenda, S. 221.

Eine weitere Verwertungsmöglichkeit bestand darin, dass einzelne Fachabteilungen des MfS benötigte Güter bei der Arbeitsgruppe Asservate anfordern konnten, sofern sie die Genehmigung des Leiters »Verwaltung Rückwärtige Dienste« (VRD) dafür hatten. Geräte mit technischem Defekt führte man dem Bereich der Ersatzteilgewinnung des MfS zu. Ein Teil der Güter wurde auch der Zollverwaltung zur Verwertung überlassen.

Doch auch einzelnen Mitarbeitern des MfS wurden gelegentlich, nach entsprechender Genehmigung durch den Leiter der VRD, Gebrauchsgegenstände zum Kauf überlassen. Die Bezahlung erfolgte in der Regel an die Abteilung Finanzen.[212]

Die konsequente Ausführung der Anordnung des Leiters der HA II vom 3. August 1984 durch die Abteilungen M Berlins und der Bezirksverwaltungen hatte zur Folge, dass von August 1984 bis Oktober 1989 im Gebiet der ehemaligen DDR monatlich mindestens 600 fehlgeleitete Sendungen einbehalten, nach Freienbrink gebracht und dort geöffnet und verwertet worden sind.[213]

Der Gesamtschaden wurde 1992 vom Polizeipräsidenten Berlins auf 10 210 000 Mark (Ost) beziffert.[214] Im Einzelnen wurden Güter im Wert von 8 338 467 Mark (Ost) über die Verkaufsstellen »Zentrum« durch Verkauf an MfS-Offiziere verwertet; weitere Güter im Wert von 944 470 Mark (Ost) wurden von der KuA-GmbH/Mühlenbeck übernommen und ins westliche Ausland veräußert; Güter im Wert von 228 332 Mark (Ost) wurden verschiedenen Diensteinheiten des MfS überlassen; Güter im Wert von mindestens 700 000 Mark (Ost) lagerten (ohne dass weitere Verwertungsmaßnahmen getroffen worden waren) bis zur Auflösung der Abteilung M im Zentrallager Freienbrink. In der Zeit von Januar 1984 bis November 1989 hat das MfS Zahlungsmittel von 29 verschiedenen Währungen im Wert von 32 725 913 DM vereinnahmt.[215]

7 Zusammenarbeit mit Ostblockstaaten

Die Postkontrolle des MfS arbeitete seit ihrer Gründung eng mit dem russischen Geheimdienst zusammen. Für die Entwicklung der Internationalen Zusammenarbeit der Abteilungen M und PZF – insbesondere mit dem KfS – war Major Klippel[216] verantwortlich. Allerdings gab es keinen direkten Verbindungsoffizier des KfS zur Abteilung M – dies gehörte offensichtlich mit in den Kompetenzbereich des Verbindungsoffiziers zur HA II. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Ostblockstaaten wurde viel später aufgenommen. Der Abteilung M war bekannt, dass die Sicherheitsorgane der sozialistischen Länder die Post von und nach der DDR nicht kontrollierten. Hier sah das MfS eine Lücke, die geschlossen werden musste.[217]
In den siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurden Vereinbarungen zwischen dem MfS und den Sicherheitsorganen sozialistischer Länder geschlossen, die die Grundlage für die spätere Zusammenarbeit in Bezug auf die Postkontrolle bildeten.[218] Zur bilateralen Kooperation gehörten einerseits Maßnahmen der Post- bzw. Telefonkontrolle gegenüber ausländischen Arbeitern oder Studenten, die sich zeitweise

---

[212] Vernehmung Kurt B.; ebenda, S. 222.
[213] Schlussbericht v. 25.4.1999; ebenda, S. 223.
[214] Schreiben des Polizeipräsidenten in Berlin v. 19.6.1992; ebenda, S. 223.
[215] Ebenda, S. 216.
[216] Vgl. Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II (Anm. 6).
[217] Vgl. Schmieder: Die Entwicklung der Abteilung M (Anm. 87), Bl. 32.
[218] Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern der Volksrepublik Polen v. 15.5.1974; Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern der Volksrepublik Bulgarien v. 26.11.1974; Vereinbarung mit dem Föderativen Ministerium des Innern der ČSSR v. 9.3.1977; Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern der Volksrepublik Ungarn v. 12.11.1981; BStU, MfS, BdL 1852, Bl. 1–12.

in der DDR aufhielten. Es gab zum Beispiel personenbezogene Ersuchen zur Kontrolle seitens der Republik Kuba zu ihren Staatsbürgern, die sich in der DDR aufgehalten hatten.[219] Diese wurden über die Abteilung X eingereicht und zur Bearbeitung an die Linie M weitergeleitet. Betroffen waren Studenten und Arbeiter. Andererseits wurden durch die Sicherheitsorgane der jeweiligen sozialistischen Länder Kopien der von DDR-Bürgern an Adressaten im Westen abgesandten Briefe an die Abteilung X des MfS übergeben. 1986 wurde durch den Abschluss von bilateralen Plänen zur Kooperation zwischen dem MfS und den Ministerien des Innern Bulgariens,[220] Polens[221] und der ČSSR[222] eine neue Qualität dieser Zusammenarbeit festgeschrieben. Die Vereinbarungen regelten den Informationsaustausch in Bezug auf Formen und Methoden der Kontrolle und Auswertung, der technischen Bearbeitung von Postsendungen, die Methoden der analytischen Arbeit, den Einsatz von elektronischen Informationsspeichern und die gegenseitige Unterstützung bei der Bearbeitung von postalischen Kontakten. Auf Leiter- und Spezialistenebenen wurden wechselseitige Beratungen vereinbart, wobei die notwendigen Abstimmungen über die Abteilung X[223] erfolgen sollten.

Im Jahre 1989 wurde die Abt. M mit der explodierenden Fluchtbewegung und Botschaftsbesetzungen durch DDR-Bürger konfrontiert.[224] Um entsprechende Informationen zu gewinnen und Fluchten zu verhindern, sollten Arbeitsgruppen der Abteilung M in die ČSSR, nach Bulgarien und Ungarn mit dem Ziel verlegt werden, die dorthin versandte oder von dort abgehende Post von DDR-Bürgern zu kontrollieren.[225] Ob sie zum Einsatz kamen, ist nicht belegbar. Auch wurden bereits mit den so genannten »Bruderorganen« gemeinsame Einsätze in Aussicht genommen, etwa mit den für Postkontrolle zuständigen Stellen des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Ungarn, mit Vertretern des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR und dem bulgarischen Sicherheitsdienst.[226] Zu solchen Einsätzen ist es allerdings nicht mehr gekommen. Die Mauer fiel, und die ausgetüftelten Kontrollmechanismen wurden überflüssig.

---

219 Vgl. Schreiben des MdI der Republik Kuba, Berliner Gruppe: An den Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des MfS v. 19.1.1983 (Übersetzung aus dem Spanischen); BStU, MfS, Abt. X 584, Bl. 358.

220 Plan der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Ministerium des Innern der VR Bulgarien auf dem Gebiet der Postkontrolle für den Zeitraum 1986–1990; BStU, MfS, M 1182, Bl. 4–7.

221 Plan der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Ministerium des Innern der VR Polen auf dem Gebiet der Postkontrolle für den Zeitraum 1986–1990; ebenda, Bl. 8–11.

222 Plan der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Ministerium des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auf dem Gebiet der Postkontrolle für den Zeitraum 1986–1990; ebenda, Bl. 1–3.

223 Die Abteilung X war innerhalb des MfS für die internationalen Verbindungen zuständig.

224 Hierzu Tantzscher, Monika: Die letzten Grenzopfer. In: Deutschland Archiv 32(1999)5, S. 729–743; Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als Form des Widerstands gegen die politische Verfolgung in der DDR. Berlin 2002.

225 Allgemeine Schrift v. 30.5.1986, Plan zur Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und dem Ministerium des Innern der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auf dem Gebiet der Postkontrolle für den Zeitraum 1986–1990; BStU, MfS, DSt 008457, und Allgemeine Schrift v. 22.5.1986, Plan der Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und dem Ministerium des Innern der VR Bulgarien auf dem Gebiet der Postkontrolle für den Zeitraum 1986–1990; BStU, MfS, DSt 001868.

226 Vgl. z. B. Schreiben des Leiters der HA II v. 19.7.1988 an den Leiter der Abteilung X über die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der VR Bulgarien; BStU, MfS, Abt. X 381, Bl. 1.

8 Auflösung der Abteilung M

Am 8. November 1989 verfügte der amtierende Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Mittig, die Schließung der Außenstellen der Linie M. »Alle Dokumente, operative Technik und sonstigen Unterlagen und Geräte, die auf die Arbeit der Abteilung M hinweisen, sind umgehend in die Bezirksverwaltungen, Abteilungen M, umzulagern.«[227]
Am selben Tag wurde die Deutsche Post »zentral angewiesen«, der »Dienststelle 12« keine Sendungen mehr zuzuführen, da »aufgrund gesetzlicher Neuregelungen die Arbeit der ›Stelle 12‹ vorerst eingestellt« werde.[228] Damit war die Arbeit der Postkontrolle beendet.

In einem der letzten Tonbandmitschnitte vom 9. November 1989 berichtet der Leiter des Bahnpostamtes, Dr. Gelpke (IM »Felix«):

> »Zur weiteren Erhöhung der Effektivität und Verkürzung der Laufzeiten wird das Postbeförderungswesen und insbesondere der Briefverkehr umgestaltet. Damit im Zusammenhang stehend werden Kontrollbereiche aufgelöst, die zur Abgrenzung der Beförderungsprozesse zur Aufdeckung von Straftaten geschaffen werden mussten. Das war insbesondere der Tatsache geschuldet, dass aus der BRD und aus Bln. West mit zunehmendem Maße Briefsend[un]g[en], vorwiegend auch gewöhnliche Briefsendungen mit Valutainhalten versandt wurden und damit zum Angriffspunkt für Täter im Postbeförderungswesen wurden. Durch diese Kontrollbereiche ist es gelungen, Tätergruppen zu entdecken und der gerichtlichen Verfolgung zuzuführen. [...] Die Aufdeckung dieser Straftaten geschah in enger Zusammenarbeit mit den Schutz- und Sicherheitsorganen und notwendigerweise auch in erforderlichem Maße mit konspirativen Mitteln.«[229]

Ähnlich argumentierte auch die Staatssicherheit. In seinen Thesen für die Dienstkonferenz vom 9. November 1989 unterstrich Strobel vor allem die Erfolge bei der Identifizierung von Spionen, die Beiträge zur Aufdeckung von Terror- und Gewaltakten sowie die Erarbeitung von Stimmungsberichten.[230] Er glaubte, dass die Schließung der »Stelle 12« nur vorläufigen Charakter habe, da er von der Notwendigkeit der Weiterführung der Postkontrolle »zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR« überzeugt war. Allerdings räumte er auch ein, dass für die Tätigkeit der Linie M »eine eindeutige gesetzliche Regelung« fehle, wie das im Artikel 31, Absatz 2 der Verfassung von 1968, gefordert war.[231]

Einen Tag später, am 10. November 1989, kam Strobel jedoch nicht umhin, alle Abteilungen M anzuweisen, ihre Arbeit einzustellen. Das traf auch auf die hauptamtlichen IM-Ermittler in den Meldestellen der Deutschen Volkspolizei zu. Ob diese Anweisung auch für die zahlreichen OibE im Postfuhramt und in der Kurierstelle für ausländische Vertretungen (KAV) des Hauptpostamtes 108 galt, ist nicht zu belegen.

Obwohl am 15. November 1989 die konspirativen Objekte »Anton« und »Cäsar« an die Deutsche Post übergeben wurden, versuchte das MfS/AfNS noch nachträglich, die Postkontrolle zu rechtfertigen, indem die Pressestelle die Frage, ob sich die Rechtssicherheit mit der Kontrolle von Postsendungen verträgt, bejahte.[232]

---

227 Leiter der Abteilung M: Aktenvermerk v. 8.11.1989; BStU, MfS, M 1026, Bl. 5–63.

228 Die zentralen Anweisungen zur Auflösung wurden nur telefonisch erteilt. In der BVfS Dresden wurden diese Telefonate in Aktenvermerken festgehalten. Vgl. u. a. Gesprächsnotiz des 1. Stellv. des Leiters der BVfS Dresden, Oberst Anders, über einen »Anruf des Genossen Generalmajor Strobel« v. 8.11.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Ltr. d. BV 10003, Bl. 28.

229 Tonbandabschrift v. 9.11.1989; BStU, MfS, AIM 17166/89, Bl. 36–38.

230 Leiter der Abteilung M: Thesen für die Dienstkonferenz v. 9.11.1989; BStU, MfS, M 1026.

231 Ebenda, Bl. 60.

232 Vgl. Notiz v. 23.1.1990; BStU, MfS, M 1026, Bl. 230.

Im AfNS herrschte auch Unsicherheit darüber, ob die Postkontrolle in der Abteilung M im Herbst weiter bestehen soll. Anfang Dezember 1989 wurden bei der Formulierung der Aufgaben und der Struktur des AfNS widersprüchliche Prognosen entwickelt. In einem Dokument heißt es, dass die Abeilung M nicht mehr existieren soll, und in einem anderen war über die Einordnung der Aufgaben der Abteilung M im AfNS gesprochen worden.[233]

In der Berliner Zentrale traf man noch am 29. November 1989 Vorkehrungen, die Legenden der OibE »zur weiteren Durchführung ihrer konspirativen Tätigkeit in den Einsatzobjekten« aufrechtzuerhalten.[234] Am 6. Dezember 1989 wurde Strobel von seiner Funktion entbunden.[235] Knapp eine Woche später hatte sein »Nachfolger«, der amtierende Leiter der Abteilung M, Oberst Hundshagen, die Brisanz der Speicher (M 01 und M 02) der Abteilung M erkannt. Er bemühte sich um eine Genehmigung, diese Speicher vorrangig zu vernichten, um Rückschlüsse auf Quellen unmöglich zu machen.[236] Die übrigen Dokumente der Abteilung M wollte er in gesicherten Räumen aufbewahren lassen.[237] Dem Antrag auf Vernichtung dieser Speicher wurde offenbar nicht stattgegeben. Das ist einem Beräumungsplan des Bürgerkomitees vom 1. Februar 1990 zu entnehmen.[238] Es wurden allerdings mindestens 3 800 lfd. M Schriftgut vernichtet. Erhalten blieben ca. 680 lfd. M.

Die endgültige Auflösung der Abteilung M erfolgte mit dem Abschlussbericht vom 31. März 1990.[239]

Die im Januar 1990 in den Bezirken aufgenommenen Ermittlungsverfahren gegen Post- und Telefonkontrolleure der Staatssicherheit wurden auf Weisung des Generalstaatsanwalts bereits im März eingestellt. Zur Begründung hieß es, Erich Mielke trage für alles die Verantwortung, und die ermittelten Fakten würden in das zentrale Verfahren gegen seine Person einfließen. Wegen der Verhandlungsunfähigkeit Mielkes wurde das Verfahren aber eingestellt, sodass es zu keiner gerichtlichen Klärung der Vorwürfe kam.[240]

Die Strafbarkeit dieses staatlich organisierten Postraubs wurde auch vom Bundesgerichtshof nicht bestätigt, da die Stasi-Offiziere sich nicht persönlich bereichert, sondern die aus den Postsendungen entwendeten Werte an den Staatshaushalt der DDR abgeführt hatten. So wurde auch der ehemalige Leiter der Berliner Postkontrollabteilung, Generalmajor Rudi Strobel, freigesprochen.[241]

---

233 Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit; BStU, MfS, SdM 1997, Bl. 297 ff., und Vorläufige Grundsätze für Aufgaben und Strukturen des Amtes für Nationale Sicherheit v. 4.12.1989; BStU, MfS, SdM 1997, Bl. 22 ff.

234 Festlegungen der Abt. M/3 des MfS »Reiseregelung für OibE« v. 29.11.1989, bestätigt durch den Leiter der Abteilung M, Generalmajor Rudi Strobel; BStU, MfS, M 659, Bl. 2.

235 Befehl Nr. K 4896/89 des Leiters des AfNS v. 6.12.1989, S. 1–3; BStU, MfS, DSt 103651.

236 Schreiben v. 12.12.1989; BStU, MfS, M 1026, Bl. 51 f.

237 Ebenda, Bl. 58.

238 Vgl. Lucht: »Ablagen liquidieren – spezifische Vorgänge tragfähig gestalten« (Anm. 14), S. 89 f.

239 Ebenda.

240 Vgl. Militärstaatsanwaltschaft muss vorzeitig abtreten. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 22.3.1990, und Ex-Offiziere angeklagt. In: die tageszeitung v. 8.9.1992, S. 5.

241 Vgl. Marxen, Klaus; Werle, Gerhard: Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Eine Bilanz. Berlin, New York 1999, S. 75–89.

Auch die Spitzen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen oder Postmitarbeiter sind einem Strafverfahren nie ausgesetzt worden, obwohl sie ohne rechtliche Grundlage Postsendungen an das MfS ausgeliefert oder falsche Dienstausweise der Post unterschrieben hatten. Doch ohne diese »Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens« wäre eine Postkontrolle solchen Ausmaßes nicht möglich gewesen.

Anhang

I Mitarbeiter der Abteilungen M in den Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit[242] 1953[243], 1972[244], 1980, 1983[245], 1984[246] und 1989[247]

BV		3/1953	12/1972	12/1980	12/1983	12/1984	10/1989
Rostock	ges.	28	52	60	74	104	122
	w	28	17	17	19	24	30
Schwerin	ges.	23	35	49	50	62	92
	w	22	11	14	13	14	13
Neubrandenburg	ges.	9	41	44	49	81	96
	w	9	23	24	24	32	34
Potsdam	ges.	43	55	60	80	111	132
	w	38	29	21	30	39	26
Frankfurt/O.	ges.	15	40	46	47	75	97
	w	14	26	24	23	25	26
Cottbus	ges.	12	43	46	51	82	99
	w	12	21	18	16	15	13
Magdeburg	ges.	53	68	80	81	126	149
	w	42	27	37	29	37	37
Halle	ges.	53	71	75	83	126	150
	w	40	28	25	24	28	34
Erfurt	ges.	71	64	72	78	105	142
	w	56	21	20	15	15	18
Gera	ges.	33	47	56	55	88	103
	w	30	26	24	21	28	30
Suhl[248]	ges.	–	33	44	52	57	78
	w	–	14	17	16	13	12
Dresden	ges.	55	73	78	78	117	137
	w	36	25	28	24	34	39
Leipzig	ges.	34	65	71	81	111	132
	w	27	27	23	23	24	25
Chemnitz/Karl-Marx-Stadt[249]	ges.	70	72	67	87	111	132
	w	52	28	25	23	24	25
BVfS M insges.	ges.	499	759	848	946	1 356	1 661
	w	406	323	317	300	352	362
Abt. M MfS Berlin	ges.	140	146	226	283	417	516
	w	128	50	43	48	65	70
Linie M insges.	ges.	639	905	1 074	1 229	1 773	2 177
	w	534	373	360	348	417	432

ges. = Gesamtzahl der Mitarbeiter
w = Anzahl der weiblichen Mitarbeiter

[242] Nach Wiedmann: Zu jeder Zeit und an jedem Ort (Anm. 19), S. 89.
[243] 1953: Erstes umfassendes statistisches Material im Rahmen von Kaderbefehlen.
[244] 1972: Beginn der nach Diensteinheiten aufgeschlüsselten Daten der BV in den Kaderbestandslisten.
[245] 1983: Letztes Jahr der ursprünglichen Abt. M (Briefkontrolle). Angaben ohne OibE (im MfS Berlin 1981–1983 jeweils 20).
[246] 1984: Erstes Berichtsjahr der neuen Abt. M (Postkontrolle: Briefe, Päckchen und Pakete sowie Telegramme).
[247] 1989: Auflösung der Abt. M. Für das MfS Berlin wurde der Berichtsmonat September zugrunde gelegt. Diese Angaben umfassen auch die OibE (43) und HIM (6).
[248] Die Abt. M der BV Suhl wurde 1955 eingerichtet.
[249] Im Mai 1953 wurden die Stadt und der Bezirk Chemnitz in Karl-Marx-Stadt umbenannt.

II Altersstruktur der Abteilung M 1989[250]

	Durch-schnitts-alter	Mitarbeiter			OibE	Mitarbeiter und OibE im Alter													
		ges.	m	w		bis 20 Jahre		von 21–30 Jahre		von 31–40 Jahre		von 41–50 Jahre		von 51–60 Jahre		über 60 Jahre	
						m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
DE	37,1	502	438	64	41	3	–	168	8	155	18	88	20	24	18	–	–
Ltg.	47,4	5	5	–	–	–	–	–	–	1	–	3	–	1	–	–	–
AL SAL	44,6	24	23	1	–	–	–	–	–	8	–	10	1	5	–	–	–
RL	39,8	39	38	1	2	–	–	4	–	16	–	18	–	–	1	–	–
AGL	47,5	2	2	–	–	–	–	–	–	–	–	1	–	1	–	–	–
AKG	38,7	60	42	18	–	1	–	11	3	12	6	14	5	4	4	–	–
Abt. 1	35,5	71	66	5	27	–	–	25	–	29	–	10	3	2	2	–	–
Abt. 2	36,1	36	31	5	–	–	–	10	–	16	1	5	1	–	3	–	–
Abt. 3	31,8	62	60	2	11	–	–	28	–	26	1	3	1	3	–	–	–
Abt. 4	32,0	27	24	3	–	–	–	16	–	6	2	2	–	–	1	–	–
Abt. 5	35,3	35	27	8	–	–	–	12	2	9	1	6	2	–	3	–	–
Abt. 6	40,7	30	22	8	1	–	–	6	–	6	2	6	4	4	2	–	–
Abt. 7	34,7	18	14	4	–	–	–	8	1	3	1	2	1	1	1	–	–
Abt. 8	31,1	34	30	4	–	–	–	20	1	6	1	3	1	1	1	–	–
Abt. 9	30,6	14	11	3	–	1	–	3	–	5	3	2	–	–	–	–	–
Abt. 10	30,7	45	43	2	–	1	–	25	1	12	–	3	1	2	–	–	–

250 Altersstruktur v. 31.1.1989; BStU, MfS, M 198.

III Abkürzungen

AB	Arbeitsbereich
Abt.	Abteilung
AFaS	Aussortierungsstelle für antidemokratische Schriften
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AGP	Arbeitsgruppe Post
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
AIM	Archivierter Vorgang eines Inoffiziellen Mitarbeiters
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
BdJ	Bund deutscher Jugend
BDP	Bezirksdirektion der Deutschen Post
BdVP	Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei
BF	Abteilung Bildung und Forschung der BStU
BO	Berufsoffizier
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BU	Berufsunteroffizier
BU/BO	Berufsunteroffizier/Berufsoffizier
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Sicherheit
CDU	Christliche Demokratische Union
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DSt	Dokumentenstelle
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GBl.	Gesetzblatt
HA	Hauptabteilung
HIME	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter für Ermittlungen
HTA	Haupttelegrafenamt
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration
JHS	Juristische Hochschule (des MfS) Potsdam
KAV	Kurierstelle für Ausländische Vertretungen
KfB	Kurierstelle für Botschaftspost
KfS	Komitee für Staatssicherheit (der Sowjetunion)
Kfz	Kraftfahrzeug
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KK	Kerblochkartei
KO	Konspiratives Objekt
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KS	Kadersache (Personalakte)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch	Kader und Schulung
KW	Konspirative Wohnung
LVfS	Landesverwaltung für Sicherheit

M	Postkontrolle (des MfS)
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MPF	Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpaktorganisation)
NVA	Nationale Volksarmee
OG	Operativgruppe
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OM	Operatives Material
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL	Oberstleutnant
OTS	Operativ-technischer Sektor
OV	Operativer Vorgang
PFA	Postfuhramt
PiD	Politisch-ideologische Diversion
PK	Postkontrollauftrag
PM	Pass- und Meldewesen (DVP)
PO	Parteiorganisation
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
PZF	Postzollfahndung
RD	Rückwärtige Dienste
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SKL	Sonderkastenleerung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StPO	Strafprozessordnung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
VR	Volksrepublik
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
ZTSt	Zentraltelegrafenstelle